

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

Machtlose Polizei!

Die Genfer Arbeiter im Kampf um die Straße

Der „Berner Tagwacht“, dem hauptstädtischen Organ der Schweizer Sozialdemokratie, entnehmen wir den folgenden Bericht:

Die Regierung des schweizerischen Kantons Genf ließ kürzlich in der ganzen Stadt Genf Bekanntmachungen anschlagen, worin der Öffentlichkeit von dem Verbot öffentlicher Manifestationen während der Abrüstungskonferenz im allgemeinen und von der Sozialdemokratischen Partei auf den Abend auf den Place Neuve einberufenen Kundgebung im besonderen Kenntnis gegeben wurde.

Um 15 Uhr wurde außerordentliche Sitzung des kantonalen Parlaments (Großen Rats) eröffnet, die von der Sozialdemokratischen Fraktion gefordert worden war. Diese legte einen Beschlusses mit folgenden Inhalt vor:

Art. 1. Die den einzelnen kantonalen und kommunalen Verwaltungen zur Verfügung stehenden Fahrzeuge dürfen nur zu dem Zwecke verwendet werden, zu dem sie angeschafft wurden. Art. 2. Auf keinen Fall dürfen sie zu Waffentransporten benutzt werden, insbesondere von Maschinengewehren samt Kriegsmunition und

keiner militärischen oder polizeilichen Behörde unterstellt werden, um anlässlich von öffentlichen Manifestationen Verwendung zu finden.

Art. 3. Der Staatsrat ist mit dem strikten Vollzug des gegenwärtigen Beschlusses beauftragt.

Genosse Nicole — der Führer der Genfer Partei, zugleich der Führer und geistige Kopf des radikal-linken Flügels der Schweizer Sozialisten — wies der Regierung an Hand der Kopie eines Dokumentes nach, daß die Regierung selbst beim eidgenössischen Militärdepartement in Bern um die Entsendung einer Unteroffizierschule nach Genf nachgesucht hatte. Unter dem Drucke der Beweise mußte Staatsrat Martin dies zugeben. Nicole fuhr fort:

„Da die Regierung und die bürgerliche Ratsmehrheit der Arbeiterschaft das Recht auf die Straße nehmen wollten, wird sie sich dieses Recht holen. Verbot hin, Verbot her!“

Die Polizei machtlos!

Nach der Sitzung zog denn auch die sozialdemokratische Fraktion in geschlossener Gruppe auf den Place de la Treille, wo sich bereits eine große Menschenmenge angesammelt hatte. Ueber die Place Neuve ging es dann auf die Wiese von Plainpalais, wo

eine 12 000- bis 15 000-köpfige Menge

Ansprachen der sozialdemokratischen Führer Nicole, Rossetet und Dicker anhörte. Genosse Nicole griff in scharfen Worten die „Mitrailleur-Regierung“ an und erklärte, die Arbeiterschaft müsse sich unter allen Umständen die verfassungsmäßigen Rechte wahren. Die Genfer Arbeiterschaft bewiese heute abend, daß es ihr mit diesen Rechten ernst sei. Inzwischen erschien ein Polizeioffizier bei dem als Rednertribüne herangeschafften Wagen und

erklärte, die Regierung habe diese Manifestation verboten, worauf ihm die Antwort zuteil wurde, daß sie eben trotzdem durchgeführt werde.

Parole bis zum 13. März!

Alle Kraft der Arbeiterklasse gegen Hitler und Hindenburg, gegen Faschismus und Kapitalismus, für die Schaffung der proletarischen Klassenfront zur Durchsetzung des proletarischen Auswegs aus der Krise, alle Energie für die Lösung der Proletarier aus der Eisernen Hindenburg-Front, alle Kraft

für den Sieg des Arbeiterkandidaten!

Der Parteivorstand der Sozialistischen Arbeiterpartei.

Ein mächtiges Polizeiaufgebot traf auf der Wiese erst ein, als die gewaltige Menschenmenge auseinanderging. 5000 Manifestanten zogen dann noch in 20er-Reihen, unter Absingen der „Internationale“, durch das Boulevard Georges Favon, die Coucouvrenière an die Rue Chantepoulet, vor den Sitz der Sozialdemokratischen Partei wo Nicole abermals von einem Fenster aus zur Menge sprach. Auf dem Wege dahin versuchten Polizeikordons mehrmals den Zug der Manifestanten aufzuhalten, wurden aber durchbrochen.

Polizisten die grob zu werden versuchten, wurden kurzerhand entwaffnet und ihre Revolver und Säbel weggeworfen.

Generalaufgebot!

Wie sich herausstellte, hatte die Regierung alle ihr zur Verfügung stehenden Kräfte aufgebots und auf Pikett (in Bereitschaft) gestellt. Die Unteroffizierschule stand in der Kaserne auf Pikett, das gesamte kantonale Polizeikorps und die Landjäger waren nach Genf verbracht worden, die gesamte Feuerwehr war in Alarmbereitschaft, die Truppenbestände — die am Mittwoch in Malagnou Inspektion hatten, waren konsigniert bis zum Abend. Alles in allem waren etwa 1500 Mann auf Pikett. Der disziplinierte Verlauf der gewaltigen Kundgebung hat gezeigt, daß dieses Aufgebot nicht nur nutzlos war, sondern daß die Regierung viel klüger beraten gewesen wäre, wenn sie sich nicht mit dem Manifestationsverbot blamiert hätte.

Berlin trinkt wieder Bier

Nachdem der Deutsche Gastwirte-Verband und seine nachgeordneten Verbände und Organisationen über die Lage im Berliner Bierstreik beraten hatten, wurde in später Nachtstunde beschlossen, in Anbetracht der Erklärungen des Reichsfinanzministers den Berliner Bierboykott ab Donnerstag, den 3. März 1932, einzustellen.

England zahlt Stützungskredite zurück. Der Schatzkanzler kündigte im Unterhaus die am Freitag erfolgende Rückzahlung von rund 30 Millionen Pfund des amerikanischen Vierzig-Millionen-Pfund-Kredites und von rund dreizehn Millionen Pfund des französischen Zwanzig-Millionen-Pfund-Kredites an.

Hitlers erster Triumph

Hitler sagte in einer Rede in Hamburg nach dem Bericht des „Völkischen Beobachter“ diesen Satz:

„Würde ich nichts anderes mehr in meinem Leben erreichen als das, daß ich die Sozialdemokratische Partei zu den Füßen des Feldmarschalls gezwungen habe, dann wäre das schon unendlich viel!“

Wahrhaftig, Hitler hat alle Ursache, hier zu triumphieren! Und die SPD glaubt, sie tue Hitler weh, wenn sie Hindenburg wählt! Mit ihrer Wahlparole für Hindenburg ebnet die SPD Hitler den Weg! Denn mit dieser Parole zermürbt sie die proletarische Widerstandskraft, die zusammengefaßt und gestählt werden kann allein durch eine proletarische Klassenkandidatur. Und darum ruft die Sozialistische Arbeiterpartei alle Proletarier auf, ihre Stimme

Einste Thälmann

zu geben und in gemeinsamen Wahlkartellen, die alle Organisationen sammeln, die für Thälmann zu stimmen bereit sind, die äußerste Kraft zur Wahl Thälmanns einzusetzen.

Blutige Unruhen in Buenos Aires

Buenos Aires, 3. März 1932.

Nach einer Versammlung der Radikalen Partei veranstalteten trotz des polizeilichen Verbotes politischer Urazüge eine Anzahl Teilnehmer eine Kundgebung vor den Räumen der Zeitung „La Fronda“, gegen deren Fenster ein Steinbombardement eröffnet wurde. Aus den Räumen der Zeitung wurde daraufhin ein heftiges Feuer eröffnet. 28 Personen wurden verwundet, von denen zwei im Krankenhaus ihren Verletzungen erlagen. Die Polizei verhaftete alle Leute, die sich in der Redaktion des Blattes befunden hatten, und beschlagnahmte mehrere Schußwaffen.

Legal zurückgetreten

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat Intendant Legal dem Kultusminister ein Gesuch eingereicht, ihn von der Leitung der Berliner Staatlichen Schauspiele zu entbinden. Minister Grimme hat dem Gesuch stattgegeben und sich weitere Entschlüsse vorbehalten.

Zur Geschichte der Einheitsfrontbewegung

Von Kurt Rosenfeld

Das Büro der Sozialistischen Arbeiterinternationale hat vor einigen Tagen einen Aufruf an „die Arbeiter aller Länder“ gerichtet, der, von dem Ueberfall Japans auf China ausgehend, eine Reihe von Forderungen stellt. Forderungen, die trotz der Ueberschrift nicht an die Arbeiter, sondern an die kapitalistischen Regierungen gerichtet sind. Es heißt da z. B.: „Wir fordern sofortige Einstellung aller Munitionslieferungen und Kreditgewährungen an Japan!“ Aber weiter: „Arbeiter aller Länder! Zwingt eure Regierungen, diese Forderungen zu erfüllen!“

Der Einfluß der Arbeiter in den in Betracht kommenden Ländern auf ihre Regierungen ist so gering, daß diese Forderung illusorisch bleiben muß. Aber die Rolle, die die Arbeiterschaft selbst bei allen Munitionslieferungen — sowohl in der Produktion wie im Verkehr — spielt, ist so gewaltig, daß es nicht das Umweg über die Regierungen bedarf, um die sofortige Einstellung aller Lieferungen zu erzwingen.

Ein direkter Appell an die Arbeiterschaft, sich zu weigern, irgendwelche Munitionstransporte auszuführen, ein Appell, der vor allem durch den Internationalen Transportarbeiterverband zu unterstützen wäre, müßte genügen, um die sofortige Einstellung zu erreichen.

Liest man diesen Aufruf der SAI, so muß man sich daran erinnern, daß wir schon einmal vor einer ähnlichen Situation gestanden haben. Es war im Jahre 1920, als der polnische Ueberfall auf die junge Sowjetrepublik in der gesamten Arbeiterschaft die Erkenntnis wachrief, daß nur solidarische Handeln die Gefahren abzuwenden in der Lage sein konnte, die nicht nur den russischen, sondern auch den Arbeitern der anderen Staaten drohten. Und gleichzeitig erinnern wir uns daran, daß damals eine Erkenntnis, die heute nur sehr langsam wieder zu dämmern beginnt, Gemeingut der Arbeiterschaft war: die Erkenntnis, daß solche Aktionen nicht von einer Richtung innerhalb der Arbeiterbewegung, sondern von all ihren Zweigen getragen sein muß.

Damals — es war am 7. August 1920 — wurde gemeinsam vom ADGB (Peter Graßmann), von der Mehrheitssozialdemokratie (Franz Krüger), von den Unabhängigen (Kurt Rosenfeld) und von der Kommunistischen Partei (Wilhelm Koenen) ein Aufruf erlassen, der folgenden Wortlaut hat:

„An das deutsche Proletariat!

Arbeiter, Sozialisten!

Von Tag zu Tag mehren sich die Gerüchte, daß Ententetruppen am Rhein zusammengezogen, daß dort Kriegsmaterial und Lebensmittel angehäuft werden, die dazu bestimmt sind, in dem durch Schuld der polnischen Regierung entfesselten polnisch-russischen Krieg die Polen gegen die Roten Armeen zu unterstützen.

Erzwingt die Entente den Durchtransport von Truppen und Kriegsmaterial durch Deutschland, so bedeutet dies den Bruch der deutschen Neutralität und hat zur Folge, daß Deutschland Kriegsschauplatz wird.

Die deutsche Arbeiterklasse muß dies mit allen Mitteln verhindern. Deshalb fordern wir die deutschen Arbeiter

auf, den Versuchen der Ententemächte, Truppen, Kriegsgeräte und Munition zu transportieren, jegliche Hilfe zu verweigern.

Die Eisenbahner und Transportarbeiter haben die Gefahr erkannt und die größte Wachsamkeit gezeigt. Sie dürfen der Unterstützung der gesamten Arbeiterklasse sicher sein.

Wir erwarten mit aller Bestimmtheit, daß auch die französischen und englischen Arbeiter sich ihrer internationalen Pflicht bewußt sind und sie betätigen.

Halte euch bereit!

Hoch die internationale Solidarität des Proletariats!

Ebenso wurden in anderen Ländern, vor allem in England, ähnliche Beschlüsse angenommen; die Arbeiter weigerten sich, Transporte von Regierungssendungen vorzunehmen, die für den Krieg zwischen Rußland und Polen bestimmt waren.

Aber es blieb nicht allein bei Aufrufen und Beschlüssen. Für das ganze Reich und für einzelne Bezirke und Orte wurden

gemeinsame Kontrollkommissionen

gebildet, an die die Arbeiter sich zu wenden hatten, sobald irgendwelche Lieferungen, die ihnen verdächtig erschienen, unterwegs waren. So gelang es z. B. der Berliner Kommission, auf dem Stettiner Bahnhof einen angeblich für die Königsberger Sicherheitspolizei bestimmten Waffentransport anzuhalten und die Weiterbeförderung der schweren Munition und Handgranaten zu verhindern.

Leider bekam aber auch damals die Einheitsfront vom 7. August bald einen empfindlichen Riß. Als die erste gemeinsame Sitzung der Vertreter der Organisationen, die den Aufruf unterzeichnet hatten, zusammentrat, um weitere Beschlüsse zu fassen, mußte leider festgestellt werden, daß die kommunistische Partei in der Zwischenzeit so scharfe und verleumderische Angriffe gegen die übrigen beteiligten Organisationen gerichtet hatte, daß die weitere Zusammenarbeit nur möglich erschien, wenn von den Vertretern der KPD bindende Erklärungen abgegeben würden, daß Wiederholungen derartiger Angriffe für die Zukunft unterbleiben würden. Dies wurde von der KPD abgelehnt. Die USPD war allerdings der Ansicht, man könne im Interesse der gemeinsamen Fortführung der Aktion im Augenblick auf eine solche Erklärung im Vertrauen auf die bessere Einsicht der KPD verzichten, aber sie blieb in der Minderheit. So schied die kommunistische Partei die Einheitsfront des Proletariats, sogar in einem Augenblick, in dem das gemeinsame Handeln der Arbeiterschaft von entscheidender Wichtigkeit für Sowjetrußland war.

Sie hat in den 12 Jahren, die seitdem vergangen sind, nichts hinzulernt. Ueber ihre sturen Parolen wird die Arbeiterschaft heute genau wie damals hinweggehen und sich nicht hindern lassen, das zu tun, was im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung erforderlich ist: das Interesse der Klasse über das einer Partei zu stellen, solidarisch zu handeln und die rote Klassenfront des Proletariats zu schmieden.

Gewerkschaftsführer gehen zu Hindenburg

Die Gewerkschaftsproleten schmieden die Klassenfront und wählen Ernst Thälmann

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund richtet den folgenden Aufruf an seine Mitglieder:

„Bei der Wahl des Reichspräsidenten geht es um eure und eurer Kinder Zukunft, um Sein oder Nichtsein des demokratischen Deutschland, um die deutsche Republik und ihre Verfassung.

Eure geschworenen Feinde sind die in der „Nationalen Opposition“ zu einem Haßbündnis vereinigten Parteien. So bitter sie sich untereinander befeinden, sie haben ein gemeinsames Ziel, ihre unbeschränkte Vorherrschaft auf eure Knechtschaft zu gründen.

Laßt Euch durch ihr Kampfgeschrei gegen Hindenburg und Brüning nicht täuschen. Ihr Ansturm gegen das „heutige System“ richtet sich gegen die deutsche Arbeiterbewegung, ist ein Kreuzzug wider den Sozialismus, gilt der Vernichtung der Gewerkschaften.

Eure Feinde können nur triumphieren durch eure Zwietracht. Sie müssen zuschanden werden an eurem einmütigen Willen, der faschistischen Bewegung auf deutschem Boden Halt zu gebieten. Die geschichtliche Stunde ruft Euch auf zu einheitlicher Abwehr.

Wollt Ihr, daß die Not, die diese beispiellose Krise auf Euch häuft, auch noch zu eurer politischen Entrechtung ausgenutzt wird? Wollt Ihr wieder wie einst der Willkür eurer Unternehmer ausgeliefert sein? Wollt Ihr, daß an Stelle der Gewerkschaften, die heute Träger eures Willens sind, willenslose Befehlsempfänger eines faschistischen Staates treten? Wollt Ihr zulassen, daß alle gesetzlichen Sicherungen fallen, die Euch in besseren Zeiten den Weg zur Wiedereroberung eurer Rechte gewährleisteten? Ihr wollt das nicht, Ihr könnt das nicht wollen!

Die Verschwörung der Kriegshetzer von gestern und heute, dem Ansturm der Feinde eurer Freiheit müßt Ihr am 13. März die entscheidende Niederlage bereiten. Ihr müßt dem Massenwahn des Faschismus die Kraft eures unerbittlichen politischen Willens entgegenzusetzen. Auch die kommunistischen Mitglieder der Gewerkschaften dürfen nicht durch Unterstützung einer aussichtslosen Sonderkandidatur Hitler oder Hugenberg in den Sattel helfen.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Wir rufen Euch auf, dem seitherigen Reichspräsidenten Hindenburg eure Stimme zu geben.

Dürftiger ist wohl noch nie eine politische Aktion der deutschen Gewerkschaften begründet worden, und selten hat ein politischer Aufruf so den Stempel der inneren Unwahrscheinlichkeit an der Stirn getragen, so den eigenen inneren Widerspruch offenbart wie dieser!

„Sie haben ein gemeinsames Ziel, ihre unbeschränkte Vorherrschaft auf eure Knechtschaft zu gründen“... gilt das nur von den Parteien der nationalen Opposition? Haben nicht gerade dieses Ziel mit den Parteien der nationalen Opposition gemeinsam die bürgerlichen Parteien, mit denen die Sozialdemokratische Partei wiederum in einer Front steht? Das ist ja gerade das gemeinsame Ziel derer um Hindenburg und derer um Hitler: die unbeschränkte Vorherrschaft des Kapitalismus, die Verewigung der Knecht-

schaft der Arbeiterklasse! Und das Regime Brüning-Hindenburg beweist durch seine Taten, die der Arbeiter mit seiner Existenz bezahlen muß, daß es

der getreueste Vollstrecker dieses gemeinsamen Ziels der Hindenburg und Hitler, der ganzen Bourgeoisie ist.

Und dann die Frage: „Wollt ihr zulassen, daß alle gesetzlichen Sicherungen fallen, die euch in besseren Zeiten den Weg zur Wiedereroberung eurer Rechte gewährleisteten?“ — Es gibt heute längst kein Gesetz mehr, das nicht durch einseitigen Willkürakt der Regierung aufgehoben oder erlassen werden könnte. Der gesetzliche Schutz der Arbeiterklasse besteht schon heute nicht mehr: die Volksrechte sind aufgelöst in Polizeiwilkkür; die wirtschaftliche Sicherung der Arbeiter durch das Tarifrecht ist brutal beseitigt durch die Regierung; das Volk darf zwar noch wählen, aber seine gewählten Vertreter haben nichts mehr zu bestimmen — und alles das ist

das Werk des Regimes Brüning-Hindenburg.

das durch die Hindenburgwahl zu stützen die Gewerkschaftsführer die Arbeiter auffordern.

„Eure Feinde können nur triumphieren durch eure Zwietracht“ — wie wahr ist dieses Wort. Die Feinde der Arbeiterklasse, die Hitler, Hindenburg und Brüning, sie können nur triumphieren durch die Zwietracht des Proletariats; dadurch, daß die Sozialdemokratische Partei lieber zu Hindenburg geht, ehe sie für die gemeinsame proletarische Klassenkandidatur eintritt.

Ernst Thälmann eine „aussichtslose Sonderkandidatur“? Er ist

der einzige Arbeiterkandidat in diesem Wahlkampf.

Ob seine Kandidatur „aussichtslos“ ist oder nicht, das entscheidet das deutsche Proletariat zunächst am 13. März. Das eine aber ist sicher: Würden die Gewerkschaften ihre proletarische Klassenpflicht erfüllen und für den proletarischen Kandidaten eintreten, statt für den Generalfeldmarschall und für das kapitalistische System der Ausbeutung und Knechtung des Proletariats, dann würde kein Hindenburg und kein Hitler aufkommen können gegenüber dem einheitlichen Aufmarsch des Proletariats.

„Die geschichtliche Stunde ruft euch auf zu einheitlicher Abwehr“ — sie ruft wahrhaftig zur äußersten Anspannung der proletarischen Klassenkraft, der äußersten Konzentration aller Arbeiter auf eine gemeinsame Front, auf

die Front des einzigen Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann.

Trotz der Sabotage der Gewerkschaftsführung, trotz des Klassenverrats der sozialdemokratischen Parteiführung muß durch die äußerste Anspannung aller proletarischen Kräfte ohne Unterschied der Partei dafür gesorgt werden, daß die Kandidatur Thälmanns nicht aussichtslos ist!

Und sie wird nicht aussichtslos sein, auch dann, wenn ihr ein paar tausend Stimmen zum

rechnerischen Siege fehlen sollten. Parlamentarisch gesehen, haben Wahlen in Deutschland schon längst ihren Sinn verloren. Und auch diese Reichspräsidentenwahl, sie hat einen Sinn nur von dem einen Gesichtspunkt aus: die Kräfte des Proletariats zusammenzuführen in der gemeinsamen Aktion, zur Bereitschaft für die kommenden, schweren Kämpfe, in deren Schoße erst die endgültige Entscheidung liegt — für Kämpfe, die nicht mehr mit dem Stimmzettel ausgefochten werden; für den Kampf um die Macht der Arbeiterklasse, für den Kampf um den Sturz der Ausbeuterwelt, um die Welt des Sozialismus!

Mit ihrer Hindenburg-Parole sabotieren die Gewerkschaftsspitzen diese einheitliche Kampffront des Proletariats. Die Proletarier in den Gewerkschaften werden sie schmieden — trotz alledem!

„Illustrierter Beobachter“ wieder frei. Wie der „Völkische Beobachter“ meldet, hat das Reichsgericht das von der Münchener Polizeidirektion ursprünglich auf drei Wochen verhängte Verbot des „Illustrierten Beobachter“ auf die Zeit bis zum 7. März beschränkt.

Schweden senkt Diskontsatz. Die Schwedische Reichsbank ermäßigt mit Wirkung vom Donnerstag, dem 5. März 1932, ihren Diskontsatz von 5½ auf 5 Prozent. Der Satz von 5½ Prozent war seit dem 19. Februar d. J. in Kraft.

Sozialistischer Jugendverband Deutschlands

Erste Reichskonferenz am 5. und 6. März 1932, vormittags 9 Uhr, im Volkshaus Dresden.

Tagessordnung:

1. Referat des Genossen Zwieling „Die kapitalistische Weltwirtschaftskrise“.
2. Geschäftsbericht.
3. Referat des Genossen Seydewitz „Die politische Situation und die Aufgaben der Arbeiterklasse“.
4. Programmberatung.
5. Statutenberatung.
6. Anträge.
7. Wahl.
8. Verschiedenes.

Am 4. März, 16 Uhr, findet im Volkshaus die Reichsausschußsitzung statt.

Alle Genossen melden sich zwecks Quartierbeschaffung im Büro der Reichskonferenz, Dresden, Volkshaus.

Gästekarten

Für den ersten Parteitag der Sozialistischen Arbeiter-Partei in der Zeit vom 25. bis 28. März 1932 in Plauen (Vogtland) stehen den Bezirken eine beschränkte Anzahl Gästekarten zur Verfügung. Die Bezirke müssen bis spätestens 10. März beim Parteivorstand ihren Bedarf anmelden. Spätere Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Der Parteivorstand.

W 1215



Wir eröffnen...

am Freitag, den 4. März 1932 einen neuen Laden:

BERLIN

KÖNIGSTR. 26a, ECKE KLOSTERSTR.

Wir beehren uns, Sie zur Eröffnung dieses Ladens, mit zwangloser Besichtigung und Konzert, Freitag, den 4. März von 2—6.30 Uhr nachmittags ergebenst einzuladen.

Am Eröffnungstage findet kein Verkauf statt. Dieser beginnt erst am nächsten Tag, Sonnabend, den 5. März, ab 9 Uhr vormittags.

F. W. WOOLWORTH CO

**G.M.
P.H.**

Der Fall Bullerjahn

Die Geschichte eines Justizverbrechens / Berichtet von Berthold Jacob

23. Fortsetzung und Schluß.

Die Verteidigung bohrt weiter

Der neue Verteidiger ließ sich nicht ins Bockshorn jagen. Zu wiederholten Malen ergänzte er den Wiederaufnahmeantrag nach den verschiedensten Richtungen, er bot die überzeugendsten Beweise für Gontards Unglaubwürdigkeit an und als das Verfahren in Leipzig beim Vierten Strafsenat, aus dem inzwischen auch der Urteilsverfasser Reichsgerichtsrat Hüfner ausgeschieden war, im Dezember 1930 ins Stocken zu geraten drohte, wandte er sich mit einem

Offenen Brief

an den damaligen Verweser des Reichsjustizministeriums, den Staatssekretär und heutigen Reichsjustizminister Joel, unter Hinweis darauf, daß „namhafte deutsche Wirtschaftsführer, denen gegenüber Herr von Gontard einen Erpressungsversuch begangen habe“, bereit seien,

die gänzliche Unglaubwürdigkeit Gontards mit ihrem Eide zu bekräftigen,

forderte der Verteidiger den Reichsjustizminister auf, den Oberreichsanwalt anzuweisen, seinerseits der Zulassung des Wiederaufnahmeverfahrens keine Schwierigkeiten mehr zu bereiten.

Darauffin erließ Staatssekretär Joel tatsächlich die Anweisung an den Oberreichsanwalt, er möge sich durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes um die Aussagegenehmigung für den früheren französischen Leutnant Jost in Paris bemühen. Anfangs Januar schon konnte sich der Kabinettsrat der französischen Regierung Théodore Steeg mit der Frage der Aussagegenehmigung für Jost beschäftigen; die Aussichten waren besonders günstig — aber noch im Januar 1931 wurde das Kabinett Steeg gestürzt und von einer nationalistischen Regierung unter Führung Tardieu abgelöst. Der Kriegsminister dieser Regierung, der kürzlich verstorbene André Maginot, verweigerte kurz darauf die Genehmigung für den Leutnant Jost. Die Bitte des Auswärtigen Amtes wurde abschlägig beschieden.

Recht für Bullerjahn!

Die Verteidigung mußte jetzt andere Wege ausfindig machen, um das Wiederaufnahmeverfahren in Gang zu bringen.

Ein Comité: Recht für Bullerjahn! entstand,

dem eine ganze Reihe von bedeutenden Persönlichkeiten beitraten.

In ausgezeichnet begründeten Rechtsgutachten sprachen sich die Ordentlichen Professoren des Strafrechts, James Goldschmidt, Eduard Kohlrusch und Gustav Radbruch für die Zulässigkeit der Wiederaufnahme aus; ihnen trat der Vorsitzende des Strafrechtsausschusses des Reichstags, Geheimrat Professor Kahle, bei. Eine Versammlung im Herrenhaus, vom Bullerjahn-Komitee veranstaltet und von der Liga für Menschenrechte unterstützt, forderte stürmisch Recht für Bullerjahn.

Der Oberlandesgerichtspräsident im Ruhestand Dr. Küger, der an der ersten Sitzung der Hauptverhandlung gegen Bullerjahn teilgenommen hatte, sprach sich in mehreren Zeitungsartikeln gleichfalls für die Nachprüfung des Spruches aus, an dessen Richtigkeit er immer größere Zweifel bekommen hatte. Kurz vor seinem Freitod im Frühjahr 1931 übergab er noch dem Redakteur des „Berliner Tageblatt“ Rudolf Olden als Vermächtnis einen Aufsatz, in dem er scharfe Kritik am Reichsgericht übte.

Herr von Gontard hatte inzwischen dem Rechtsanwalt Rosenfeld wegen dessen pflichtgemäßer Wahrnehmung der Interessen seines Mandanten eine Privatklage angehängt und forderte Unterlassung der Behauptungen Rosenfelds, daß ihm ein Erpressungsversuch und andere Delikte zum Vorwurf zu machen seien. In mehreren Terminen, in denen Rosenfeld umfangreiche Beweise für seine Behauptungen antrat, wurde die Sache abgehandelt, bis Gontards Anwälte klar wurde, daß für ihren Mandanten kein Sieg zu erfechten sei und sie die Klage zurückzogen.

„An sich zulässig . . .“

Endlich, am 19. Mai 1931,

sprach das Reichsgericht.

Der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens wurde für an sich zulässig erklärt. Angeordnet wurde die eidliche Vernehmung des Zeugen von Gontard. Die Ausdehnung der Beweisaufnahme blieb vorbehalten. Noch schlug nicht die Befreiung für Bullerjahn, der inzwischen zur Begutachtung seines Geisteszustandes in die Klinik des Professors Straßmann in Berlin überführt worden war.

Am 3. und 4. Juni 1931 fand vor dem beauftragten Richter des Vierten Strafsenats die Vernehmung von Gontards

statt. Hierbei verwickelte sich der Zeuge, der jetzt unter seinem Eide stand, in die größten Widersprüche. Zunächst bestritt er, jemals die Forderung aufgestellt zu haben, daß sein Name geheimgehalten würde. Das müsse wohl sein Unterdirektor Hellwig veranlassen haben. Indem er dabei blieb daß die von ihm an den Kriminalkommissar Goepner und an die beiden Untersuchungsrichter weitergeleiteten Mitteilungen über Bullerjahns Verrat ihm aus Kreisen der englischen Militärs zugegangen seien, stellte er es als durchaus möglich hin, daß diese englischen Offiziere wiederum ihr Wissen aus Mitteilungen seines Direktors Hellwig geschöpft haben könnten, der mit den Engländern fast noch mehr verkehrt habe als er, Gontard, selbst. Auch andere Widersprüche blieben ungeklärt.

Als der beauftragte Richter nach Gontards Entlassung zur Kontrolle von dessen Aussagen den Direktor Hellwig als Zeugen laden wollte,

stellt sich heraus, daß Hellwig, was Gontard wissen mußte, aber verschwiegen hatte, seit mehr denn Jahresfrist nicht mehr unter den Lebenden weilt.

Gontard am Pranger

Nun beschloß der Strafsenat die Vernehmung von Zeugen, die über von Gontards Glaubwürdigkeit aussagen könnten. Hierzu wurde unter anderm gehört der Bankier Louis Hagen aus Köln und der Reichstagsabgeordnete der Deutschen Volkspartei und Direktor der DeDi-Bank von Staubb. Beide bestätigten die von Dr. Rosenfeld schon früher in seinen Schriftsätzen aufgestellten Behauptungen,

daß von Gontard ihnen gegenüber einen Erpressungsversuch begangen hätte

und eine weitere Handlung, von der der Zeuge von Staubb glaubte, sie als eine Urkundenfälschung bezeichnen zu sollen. Beide Zeugen gaben übereinstimmend ihrer Ueberzeugung dahin Ausdruck, daß eine Anschuldigung von Gontards, durch die ein bis dahin unbescholtener Mensch der Ehre und der Freiheit beraubt werden könne,

aufs sorgsamste nachgeprüft werden müsse und schärfstes Mißtrauen verdiene.

Am 27. Mai wurde Bullerjahn endlich auf Antrag seines Verteidigers aus der Haft zunächst bloß auf drei Monate beurlaubt. Keiner der Kenner dieser Rechtssache hatte den geringsten Zweifel daran, daß diese Art der Haftentlassung nur eine Methode des Oberreichsanwalts vorstellte, seinen Rückzug vor der Macht der Wahrheit zu verschleiern.

Das Wiederaufnahmeverfahren nahm seinen

Fortgang. Jetzt endlich vernahm der beauftragte Richter des Vierten Senats auch die Zeugen Berthold Jacob und Rechtsanwalt Oskar Cohn.

Beide bestätigten unter ihrem Eid die früher gegebenen Darstellungen ihrer Besuche bei Jost in Nancy.

Die Beweisaufnahme war vorläufig abgeschlossen. Jetzt noch widersprach der Oberreichsanwalt der Zulassung des neuen Verfahrens, das offiziell erst nach einem neuen Beschluß des Vierten Senats beginnen kann, der noch aussteht.

Der Beschluß ist für die allernächste Zeit zu erwarten.

Immerhin — und dieser noch ausstehende Beschluß möge ausfallen, wie er wolle — beim Reichsgericht ist ja bekanntlich kein Ding unmöglich. Soviel steht heute schon fest:

Zum ersten Mal seit 53 Jahren . . .

In den 53 Jahren, die jetzt das Reichsgericht besteht, hat es noch keimlich sich ereignet, daß Richter des Reichsgerichts ein Urteil des Reichsgerichts umgestoßen hätten. Der Beschluß vom 19. Mai des Vorjahres, mit dem das Wiederaufnahmeverfahren in der Strafsache Bullerjahn, die nach dem Willen des Vierten Strafsenats und durch sein Urteil vom 11. Dezember 1925 rechtskräftig abgeschlossen sein sollte und bleiben sollte, für „an sich zulässig“ erklärt wurde, enthält zum ersten Male in diesen 53 Jahren das Zugeständnis, daß ein Urteil des höchsten deutschen Gerichts brüchig ist, daß es einer Revision bedarf.

Dieser Umstand allein sollte klarmachen, wessen es alles bedurfte, ehe es dahin kam.

Sturm auf Kohlenhalden Flammenzeichen der Gegenwart

Walsum, 3. März 1932.

Die Kohlenhalden der stillgelegten Zeche Rhein 1 der Vereinigten Stahlwerke waren am Dienstagabend von annähernd 500 Personen an verschiedenen Stellen zugleich gestürmt worden. Die Menge versuchte, Kohlen zu entwenden. Da die Wächter dem Ansturm gegenüber machtlos waren, wurde Polizeiverstärkung herbeigerufen, die die Halden räumte und 30 Personen festnahm. Da man für heute ähnliche Vorkommnisse befürchtete, wurde ein besonderes Polizeiaufgebot für die Schachtanlage eingesetzt.

Der Student in der Sowjetunion

Leipzig, 3. März 1932

Ueber dieses Thema sprach der Sekretär des Bundes für Osteuropa-Forschung Dr. Mehnert im überfüllten Auditorium Maximum der Leipziger Universität. Seine Ausführungen fesselten die Hörer von Anfang bis Ende. Der Referent berichtete auf Grund längerer Zusammenseins mit russischen Studenten von deren Leben.

Eine Million Studenten zählt heute die Sowjet-Union. Weitere 800 000 sollen 1933 neu die russischen Universitäten besuchen; 22 000 Hochschullehrer braucht Rußland, Zahlen, die den ungeheuren Bildungshunger eines von Jahrhundertelanger Unterdrückung befreiten Volkes zeigen. Aber im Gegensatz zu den deutschen Hochschulen, die von den Söhnen der Großbourgeoisie und der nach altem Glanz zurückstrebenden Kleinbürgerjugend beherrscht werden, wächst der Anteil der Arbeiter- und Bauernstudenten unaufhörlich. Die Verbundenheit mit dem Proletariat wird durch Arbeit in der Partei und im Komsomol gefördert. In freiwilligen Arbeitstagen helfen die Studenten am Aufbau des Fünfjahres-Plans mit. Auch sonst sind praktische Arbeit und theoretische Schulung in ganz anderem Maße als bei uns verbunden. Der uralte Gegensatz Handarbeit — Kopfarbeit beginnt zu verschwinden. Fabrik-Belegschaften und Komsomolverbände wählen ihre Besten zum Besuch der verschiedenen Arten der Hochschulen aus. Jeder Student erhält ein Stipendium. Der Referent wußte von einer Hingabe der russischen Studenten für Staat und Volk zu berichten, die nicht in nationalen Phrasen, sondern in sozialistischen Ta-

ten besteht. Anscheinend hatte auch der Redner den Unterschied zwischen der Begeisterung für Staat und Nation auf deutscher und russischer Seite empfunden, ohne freilich von seinem bürgerlichen Standpunkt aus eine Erklärung dafür finden zu können. Daß erst eine vom Kapitalismus befreite Nation gemeinsame nationale Interessen haben kann, daß erst der sozialistische Staat für den Staat der arbeitenden Menschheit ist, mußte ihm so entgehen.

Freilich, auch in Rußland fehlt es noch an allen Ecken. Wohnungs- und Lehrräume sind in einer dem Andrang längst nicht gewachsenen Anzahl vorhanden. An Spezialisten und Lehrkräften besteht ein ungeheurer Mangel. Aber alles erträgt der russische Student in der Gewißheit, daß in wenigen Jahren alles besser werden würde. Den Sieg des Sozialismus vor Augen, ertragen sie alle Entbehrungen um der besseren Zukunft willen. (Damit vergleiche man die Hoffnungslosigkeit des akademischen Proletariats in Deutschland!)

Der Redner schloß mit der Schilderung des Lebens in einer Studentenkommode an Hand von Protokollen. Erfrischend wirkte die Art, in der junge Menschen in der Sowjetunion in nat. Leher und ehrlicher Diskussion ihre Probleme lösen, wie sie sich bewußt eingliedern in die größere sozialistische Gemeinschaft. Man zog unwillkürlich Vergleiche mit der bornierten und vorurteilsbelasteten, dünnhäutigen und engherzigen Schicht, die leider so große Teile der deutschen Akademiker umfaßt. B. Sim.

Schauspielerin am Start

Hertha Thiele, die Hauptdarstellerin des Films „Mädchen in Uniform“, des Meisterwerks der Regisseurin Leontino Sagan, hat sich rasch die Bretter erobert. Nunmehr ist sie endgültig als Klärchen in der „Egmont“-Aufführung des Berliner Staatstheaters aufzusehen worden. Sie tritt auch als Partnerin von Werner Krauß in seinem neuen Film: „Ein Mensch ohne Namen“ auf.

Die Rache der Kirche

Der Gipsermeister Barth aus Wolfersweiler war im vergangenen Jahr aus der Kirche ausgetreten. Als er jetzt an einem Schlaganfall verschied, verweigerte die Kirchenverwaltung die Erlaubnis zur Beisetzung des Toten auf dem Kirchhof. Die Angehörigen beerdigten die Leiche in ihrer Zwangslage auf einem Acker. Die Behörden haben eine Untersuchung des Falles angeordnet. Dieser Vorfall erhellt wieder einmal zur Genüge, wie notwendig die Schaffung kommunaler Friedhöfe ist.

Der Henker arbeitet

Budapest, 3. März 1932

Das Standgericht verurteilte den Schreiber Tichy, der den öffentlichen Notar von Rackeva mit dem Beil erschlagen, beraubt und das Notariatsbüro in Brand gesteckt hatte, zum Tode durch den Strang. Das Urteil wurde bereits vollstreckt.

Entführte Kinder

Der 20 Monate alte Sohn des bekannten amerikanischen Ozeanfliegers Lindbergh ist entführt worden. Eine große Aufregung hat eingesetzt: die Boulevardpresse aller Länder teilt die Sensation in Riesenlettern mit, der New-Yorker Generalstaatsanwalt hat alle Hebel in Bewegung gesetzt, sogar der Präsident Hoover ist mobilisiert worden. An der Suche nach dem entführten Kind beteiligen sich auch Flugzeuge! Lindbergh hat die Mitteilung erhalten, daß für die Herausgabe des Kindes 50 000 Dollar Lösegeld verlangt werden. Er soll sich bereit erklärt haben, diese Summe zu zahlen. Der Staat New Jersey hat eine Belohnung von 10 000 Dollar für die Ergreifung der Entführer ausgesetzt.

Der Fall scheint bereits Schule zu machen. Aus Niles (Ohio) wird berichtet, daß der junge Sohn eines reichen Kapitalisten namens James de Jute auf dem Wege zur Schule von Unbekannten in einem Kraftwagen entführt worden ist.

A SAP Bezirk Hannover

Sonntag, 6. März, 9 Uhr, im „Burghaus“, Eingang Burgstraße 30, im Sängersaal, ordentliche

Bezirkskonferenz Tagesordnung:

1. Programmfragen
2. Statut
3. Referat über die politische Lage
4. Berichte und Wahlen
5. Verschiedenes.

Außer den gewählten Delegierten ist Gästen die Teilnahme an der Konferenz gestattet. Der Konferenz geht Sonnabend, 5. März, eine Sitzung des Gesamtvorstandes voraus, die um 19 Uhr im Büro, Baringstraße 3, beginnt.

Der Bezirksvorstand
i. A.: Otto Brenner

Dortmund

Bevorstehende Anklageerhebung gegen Fischer und Krone. Wie wir hören, ist die Voruntersuchung gegen die beiden ehemaligen Generaldirektoren der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen, Dr. Fischer und Dr. Krone, abgeschlossen. Die Akten sind bereits der Staatsanwaltschaft zugeleitet worden. Werden keine weiteren Anträge mehr gestellt, so dürfte demnächst die Anklage erhoben werden.

Düsseldorf

Apollotheater: „Fräulein — falsch verbuuden.“ Wieder ein Tonfilm, wie man sie heute in Massen produziert. Wir kennen den Stoff aus dem sie hergestellt werden, schon bis zum Kotzen. Ein bisschen Humor, sehr viel Liebe, ein paar sentimentale Schlagler und natürlich ein happy end. Ruhig und leicht plätschert die Handlung dahin. Dem braven Bürger zur Freude, dem wieder einmal bewiesen wird, daß es für eine arme Proletin gar nicht so schwer ist, Frau Direktor zu werden. Denn die besseren Herren sind doch so anständig! Regietechnik ist der Film sehr geschickt aufgezogen. — Der Varietéteil ist mit Sorgfalt zusammengestellt worden. Es ist ein internationales Weltstadtprogramm mit allerersten Künstlern, deren Darbietungen ein dankbares Publikum finden.

Wattenscheid

„Wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“ wurde die für den 1. März angesetzte öffentliche Einheitsversammlung verboten. Die Veranstaltung war von der SAP gemeinsam mit der Freien Arbeiter-Union Deutschlands in die Wege geleitet und fiel kleinlichen Polizeischikanen zum Opfer. Grund für das Verbot soll ein Flugblatt sein, das man uns öffentlich zu vertreiben schon vorher verboten hatte. — Das sind die Früchte des „kleineren Übels“, welches die SPD toleriert. Man ersieht deutlich, daß die rote Einheitsfront gefürchtet wird wie die Pest. — Die verbotene Versammlung wird am 7. März steigen und der Erfolg, dank des Verbots sicher ein noch größerer werden.

Nieder-Florstadt

Spontane Einheitsfront der Arbeiterschaft. Am 28. Februar machten die Nazis den Versuch, in der Arbeiterhochburg Nieder-Florstadt eine Versammlung abzuhalten. Etwa 200 SA-Leute wurden dazu aus der Umgebung zusammenkommandiert. Schon ihre Aufmachung — einheitlich in Militärmänteln gekleidet, umgeschminkt, mit Stöcken versehen, das Hakenkreuz herausfordernd tragend — wirkte so provozierend, daß die anwesende Gendarmerie sie nicht in das Versammlungslokal ließ, sondern in einem geschlossenen Bauernhof zurückhielt. Das Lokal war von der Arbeiterschaft, ohne jeden Parteiunterschied, restlos besetzt. Als der Redner nicht erschien und der Ersatzredner lange auf sich warten ließ, vertrieb man sich die Zeit mit dem Singen von proletarischen Kampfliedern. Schließlich gab der Versammlungsleiter bekannt, daß auch der zweite Redner nicht erscheinen könne, und zwar wegen einer Autopanne, und erklärte, daß die Versammlung ausfiele. Die Nazihelden schienen Angst vor ihrer eigenen Courage bekommen zu haben, weil ihre beknüppelten 200 Mann gezwungen waren, „Hofschutz“ zu übernehmen. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht von diesen Vorgängen im Dorf, und eine Menschenmenge von etwa 600 Köpfen versammelte sich vor dem Lokal. Die Nazis, die größtenteils per Rad gekommen waren, durften nun ihren „Hofschutz“ aufgeben und passierten ein enges, von der Arbeiterschaft gestelltes Spalier. Noch herrschte — trotz der größten Spannung — Ruhe, bis ein Nazimann sich besonders herausfordernd benahm und durch Schwelken seines Motorrades einem Kriegsverletzten die Hose zerriß. Der hieraus sich ergebende Wortwechsel ging in eine Keilerei über, und als die Nazis ihr Signal zum Angriff piffen, einer sich mit einer Mistgabel und ein anderer mit einer zweizinkigen Harke bewaffneten und einen Arbeiter damit verletzten, ließ sich die Arbeiterschaft nicht mehr halten, und ohne nach der Parteizugehörigkeit zu fragen — ob SP, KPD oder SAP — prägerten sie die Nazis gemeinsam gründlich zum Dorf hinaus. — Dieses Vorkommnis ist der beste Beweis dafür, daß die Hinderer der Bildung der Einheitsfront nur die kleinlichen, selbstsüchtigen Führer der SPD und KPD sind. Die Nieder-Florstädter Arbeiter wußten im gegebenen Augenblick, daß sie als Klasse zusammenzustehen haben. Hoffentlich lernen sie daraus, daß die Parole unserer Partei „Proletarische Einheitsfront!“ das Gebot der Stunde und daß es nur dem geschlossenen Vorgehen der gesamten Arbeiterschaft möglich ist, unser Ziel, den Sozialismus, zu erreichen.

Parteitag des Bezirks Niederrhein

Wie lebendig der revolutionäre sozialistische Gedanke in den Arbeitermassen des Bezirks Niederrhein geblieben ist, zeigte sich bei der Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei. Trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse, trotz Terror und Drohungen auf der einen Seite und Versprechungen auf der anderen, trotz aller Maßnahmen der Parteiapparate, gelang es unserer Partei, in wenigen Monaten überall Stützpunkte zu schaffen, so daß auf dem ersten ordentlichen Bezirksparteitag, der am 28. Februar im Volkshaus in Ratingen tagte, von

21 Ortsgruppen mit etlichen Tausend Mitgliedern

berichtet werden konnte. Dementsprechend herrschte auf dem Parteitag eine recht zuversichtliche Stimmung.

Nach der Begrüßung des Parteitages durch einen Liedervortrag der Ratinger Arbeiter-sänger, einen Sprechchor des SJV und den Vorsitzenden des Ratinger Ortsvereins der SAP, Jakob Issel, der seiner besonderen Genug-tuung darüber Ausdruck gab, daß die Partei im eigenen Heim der Ratinger Genossen tagen könne, wurden die Genossen Karl Völker, Hamborn, und Issel, Ratingen, zu Vorsitzenden gewählt.

Der Bericht des Gen. Zöllig, Düsseldorf, gab ein Bild von der Arbeit, die unsere Partei seit dem Gründungsparteitag am 4. Oktober vorigen Jahres am Niederrhein geleistet hat. Am Anfang dieses Jahres zählten wir bereits 21 Ortsgruppen, und außerdem hatten wir in vier weiteren Orten Vertrauensleute. In der Zwischenzeit sind weitere Ortsgruppen gebildet worden.

Besonders erfreulich ist die Entwicklung des SJV

Genosse Zöllig behandelte eingehend die Agitation und die Agitationsmöglichkeiten, befaßte sich mit der Gewerkschaftsfrage, der Taktik der KPD, der Einheitsfront, der Präsi-dentschaftswahl und gab zum Schluß einen Ausblick auf die Zukunft unserer Bewegung.

Ueber die Presse sprach Genosse Min-ster. Er befaßte sich hauptsächlich mit den Möglichkeiten zur noch stärkeren Verbreitung der „Rhein-Ruhr-Fackel“ und mit der Schaf-fung einer eigenen Zeitung für das Industrie-gebiet.

Beide Berichte lösten eine erfreuliche Aus-sprache aus, in der Genosse Schroth, Solingen, als Vertreter der Jugend namentlich die Jugendfrage behandelte, während andere Diskussionsredner auf die Gewerkschaftsfrage, die Pressefrage, die Präsidentschaftswahl und anderes eingingen.

Einstimmig angenommen wurde eine

Resolution zur Gewerkschaftsfrage,

die die Wirtschaftsdemokratie als Illusion be-zeichnet; eine Aenderung der gegenwärtigen Taktik der Gewerkschaften verlangt, die Stei-gerung der Kampfkraft der Arbeiter fordert und eine Reihe von speziellen Aufgaben auf-weist. Angenommen wurde außerdem ein An-trag, wonach Vertreter der Partei in führen-der Stelle aus der Kirche ausgeschieden sein müssen. Eine ebenfalls zur Annahme gelangte

Entschließung zur Reichspräsidentenwahl erblickt in dem Beschluß des Parteivorstandes einen politischen Fehler und erwartet vom Reichsparteitag, der Ende März zusamen-tritt, eine erneute Stellungnahme zum zweiten Wahlgang. Angenommen wurde auch eine Entschließung, die ein besseres Zusammen-fassen der Schutzbundorganisation des Bezirks vorsieht.

An die Adresse der Leitungen der Konsum-vereine ist die nachstehende Entschließung gerichtet, die einstimmige Annahme fand:

Stettin

Ein Lichtblick, die „Eiserne Front“. In einer öffentlichen Frauenversammlung sprach über das Thema „Das Kampfjahr 1932 und die Frauen“ die Landtagsabgeordnete Gertrud Hanna. Die Referentin war der Meinung, daß die Reichspräsidentenwahl den Beweis dafür liefern würde, daß auch die Frau würdig sei, das Wahlrecht zu besitzen. Jede deutsche Frau müsse dem Mann ihre Stimme geben, der die Verfassung schützt, also dem jetzigen Reichspräsidenten. Dann erzählte sie von den schweren Jahren des Krieges, von dem Zusammenbruch, bei dem die Sozialdemokratische Partei das deutsche Volk vor dem Chaos be-wahrt habe, von den Reparationslasten, davon, daß unsere Feinde so stark gerüstet und wir gänzlich abgerüstet seien. Interesse verdien-te die Ausführungen über § 218. Sie sagte nicht, daß dieser Schandparagraph ein Aus-nahmeparagraph gegen die Proletarierin ist und deshalb verschwinden muß, nein, sie sprach davon, welche Erleichterung geschaf-fen sei dank der SPD, denn es gäbe heute nur noch Gefängnisstrafen statt Zuchthaus, und das sei doch eine große Erleichterung. Nach Beendigung des Referates sprach die Ver-sammlungsleiterin, getreu der Anweisung von oben: „Nach den so guten Ausführungen der Genossin Hanna erübrigt sich wohl eine Dis-kussion und wir kommen somit zum Schluß der Versammlung.“ Öffentliche Versamm-lung ohne Diskussionen, damit nicht etwa ein Gegner der Versammlung ein anderes Bild geben würde.

Langewiesen

Zur Bekämpfung der „bedeutungslosen Sekte“ wendet man von Seiten der SPD eigen-artige Methoden an. Wir hatten nicht die Ab-sicht, an Stelle grundsätzlicher Auseinander-

„Der Bezirksparteitag der Sozialistischen Arbeiterpartei stellt mit Entrüstung fest, daß in den Konsumvereinsbetrieben die Arbeiter und Angestellten unter Terror in die Eiserne Front gezwungen werden und daß man nicht zurückschreckt, mit Entlassungen zu drohen. Die Konsumvereinsbewegung ist eine Einrichtung der gesamten Arbeiterschaft. Der Bezirksparteitag wendet sich deshalb gegen ein solches Vorgehen, in dem er eine Schädigung der Konsumvereinsbewe-gung erblickt.“

Verschiedene Anträge, die die Presse be-treffen, wurden der Bezirksleitung zur Erledi-gung überwiesen.

Von den Genossen lebhaft begrüßt, gab die als Gast anwesende Genossin Angelika Balabanoff auf Wunsch ein Bild von der

internationalen sozialistischen Bewegung und die der Sozialistischen Arbeiter-Partei gleichartigen Strömungen in den verschiedenen Ländern. Was Genossin Balabanoff über die II. Internationale und im Anschluß daran über die III. Internationale sagte, fand die un-geteilte Aufmerksamkeit und ebenso die unge-teilte Zustimmung. Nicht minder beachtlich waren ihre Ausführungen über den Faschismus in Italien und die Rolle einzelner italienischer Emigranten vom Schlag Pietro Nenni. Die Parallele zwischen den italienischen Nenni und deren „Kampf“ gegen den Faschismus mit dem „Kampf“ der deutschen Sozialdemokratie gegen den Faschismus wurde von Genossin Balabanoff deutlich aufgezeigt. Nach einer Kenn-zeichnung der internationalen Situation und der Strömungen innerhalb der sozialistischen Parteien in Frankreich, Norwegen usw. schloß sie unter dem Beifall aller.

Ueber das Parteiprogramm sprach Genosse Reichenbach-Düsseldorf, der der Programmkommission der SAP angehört und dem Parteitag Thesen, die eine Zusammenfassung seines eigenen Programmwerfs sind, zur Billigung vorlegte.

Den Schluß des Parteitages (der Tagesord-nungspunkt „Satzungen“ wurde wegen Zeit-mangel abgesetzt) bildete das Referat der Ge-nossin Landtagsabgeordnete Dr. Käthe Fran-kenenthal über

die Preußenwahlen.

Durch eine Fülle Material wußte die Refe-rentin ein plastisches Bild zu gestalten von dem, was die Sozialdemokratie trotz ihrer großen Mandatszahl und trotz ihrer angeblich positiven Arbeit als Koalitionspartner des Zentrums nicht getan hat, ja, wie sie Punkt für Punkt ihr eigenes Programm preisgegeben und entgegen ihrem Programm gehandelt hat. Das Resultat ist Rückschritt auf allen Gebieten. Diesen Rückschritt aufzuzeigen und neue sozialistische Forderungen unter die Massen zu werfen, wird Aufgabe der SAP bei den kommenden Preußenwahlen sein. (Das von Genossin Frankenenthal vorgetragene Material wird in Kürze in Form einer Broschüre den einzelnen Ortsgruppen zugehen.)

Als

Kandidaten des Bezirks Niederrhein zur Preußenwahl

wurden aufgestellt: Zöllig, Düsseldorf; Vou-tta, Werden; Krämmer, Solingen.

Die Wahl der

Bezirksleitung

hatte folgendes Ergebnis: 1. Vors.: Vou-tta, Werden; 2. Vors.: Görres, Duisburg; Kassie-rer: Zöllig, Düsseldorf; Schriftführer: Lö-wenstein, Wuppertal; Gewerkschaften: Schmitz, Wessel; Frauen: Kersting, Düsseldorf; Schutzbund: Hornung, Duis-burg; Bildungswesen: Reichenbach, Düsseldorf; Presse: Münster, Essen; Kul-turbeziehung: Krämmer, Solingen; Jugend: Schroth, Solingen.

Mit einem Schlußwort des Genossen Völ-ker fand der Parteitag sein Ende.

setzungen die Spalten unserer Zeitung mit persönlichen Werturteilen und Belehrungen zu füllen; aus diesem Grunde haben wir bisher auf die verschiedenen Anzupfungen nicht geantwortet. Sollte man aber auf der Gegen-seite die jetzt beliebte Schreibweise nicht ein-stellen, so können wir auch einmal sehr deut-lich werden. Man braucht sich dann nicht zu wundern, wenn der Pfeil auf den Schützen zurückprallt. Wir warnen! — Genossen, weret unermüdlich für unsere Presse!

Nünchritz bei Riesa

Unsere öffentliche Versammlung am kom-menden Sonnabend, 5. März, mit dem Genossen Seydewitz als Redner wird die Probe aufs Exempel sein, ob einer der SPD-Reichstags-abgeordneten Dobbert-Meißel oder Arzt-Dres-den ihr in hiesigen Versammlungen angekün-digtes Erscheinen zu einer Seydewitz-Ver-sammlung wahrnehmen und die Vorwürfe gegen unsern Genossen ihm persönlich machen werden oder nicht. Pflicht aller Genossen ist es, für einen vollen Saal lebhaft zu werben. (20 Uhr Jugendhaus.)

Harthau b. Chemnitz

Staatskommissar eingesetzt! Das Ministe-rium des Innern hat im Einvernehmen mit dem Volksbildungsministerium für die Ge-meinde Harthau (Amtshauptmannschaft Chemnitz) und den Schulbezirk Harthau die staatliche Verwaltung angeordnet. Sie er-streckt sich bis auf weiteres auf die gesamte Gemeindeverwaltung mit Ausnahme der Ge-schäfte der übertragenen Polizei und auf die gesamte Verwaltung des Schulbezirks. Die Erweiterung oder Einschränkung der staat-lichen Verwaltung bleibt vorbehalten. Die staatliche Verwaltung wird dem Oberbürger-meister I. R. Rektor Freyer in Mittweida als

Staatskommissar übertragen. Dem Staats-kommissar steht die gesetzliche Verwaltung der Gemeinde Harthau zu, soweit die staat-liche Verwaltung reicht. Er übt insbesondere das Verwaltungs- und Verfügungsrecht über das Vermögen der Gemeinde Harthau aus. Die Rechtsstellung des Sondervermögens der Spar-kasse und der Girokasse der Gemeinde Har-thau bleibt unberührt. Die staatliche Verwal-tung beginnt am 1. März 1932.

Planitz

Ausnahmejustiz urteilt. Ein Genosse der Antifa ist wegen Tragens des schwarzen Hemdes mit Schlips durch Gendarm Fink ange-zeigt und zu vier Tagen Gefängnis verurteilt worden. Fink sieht jedoch nichts — auch nichts, nachdem er von unserem Genossen darauf aufmerksam gemacht worden ist —, wenn die Nazihorden in halber Uniform auf-marschieren. Trägt aber einmal ein Arbeiter sein Hemd, dann ist Fink schnell zur Stelle.

Naziheldentaten. Den Hitlerbanden sticht besonders unsere SAZ-Tafel in die Augen. In den letzten Tagen klebten sie öfters ein Hakenkreuz darüber. Ebenso machten sie es mit der „Echo“-Zeitungstafel. Arbeiter, legt diesem Gesindel das Handwerk!

Niederhaßlau

Die Ortsgruppe des Deutschen Freidenker-verbandes hielt ihre erste Mitgliederversamm-lung ab. Wichtigster Tagesordnungspunkt war die Wahl des Funktionärkörpers. Im Januar, bei der Gründungsversammlung, war von einem Mitglied der Antrag gestellt worden, die Wahl auszusetzen, und zwar wegen des schwachen Besuchs. (Es war nämlich gerade Mitglieder-versammlung der „Eisernen!) Diesmal mußte die schwere Geburt vollzogen werden. 1. Vor-sitzender wurde Adolf Bretschneider (SAP). Auch verschiedene andere Funktionäre sind Mitglieder unserer Partei.

Elbenstock

Die Rote Einheitsfront marschierte am Sonnabend das erstmal. SAP, KPD und das Arbeitersportkartell hatten gemeinsam zu De-monstration und Kundgebung aufgerufen. Etwa 350 Genossinnen und Genossen dürften sich an dem Demonstrationzug beteiligt haben, während sich zur Kundgebung auf dem Markt-platz etwa 500 Personen einfanden. Genosse Felix Unger (SAP) und Genosse Herr-

50 000 Genossen

setzen an zum Sturm für die SAZ!

In jede Arbeiterhand die Sozialistische Arbeiterzeitung!

Wer will sagen: „Ich kann nichts für die SAZ tun?“

m a n n (KPD) richteten in kurzen Worten die Aufforderung an alle, sich in die Rote Einheitsfront zum Kampf gegen den Faschismus und zum Sturz des Kapitalismus einzureihen. Die Demonstration dürfte einen starken Ein-druck hinterlassen haben. Hoffen wir, daß sie zur Stärkung des Kraftbewußtseins der Ar-beiter beigetragen hat und daß alle noch fern-stehenden Arbeiter sich beim nächsten Auf-marsch der Roten Einheitsfront beteiligen.

Brunndöbra

Eine Zufluchtstätte der Nazis ist das hie-sige Zigarrengeschäft von Ullrich Preuß. Die Hitler-Burschen holen sich dort ihre Instru-ktionen für das dritte Reich. Herr Preuß ist im Nebenberuf auch noch Mobilversicherung-agent.

Organisationsnachrichten

- SAP Arbeitsgebiet Pirna: Freitag, 4. März, 16.30 Uhr, Sitzung des Arbeitsausschusses des Arbeitsgebietes, 17.30 Uhr, Referentenarbeitsgemeinschaft im Volkshaus, Zimmer 6
- SAP Pirna: Freitag, 4. März, 20 Uhr, öffentliche Ver-sammlung im Volkshaus. Genosse Seydewitz spricht über „Reichspräsidentenwahl und Arbeiter-klasse“
- SAP Döschütz-Gittersee: Freitag, 4. März, 19.30 Uhr, öf-fentliche Versammlung in der Rebhockschänke. Ge-nosse Zöllig spricht über „Hitler — Hindenburg — Thälmann“
- SAP Scharitz: Freitag, 4. März, 20 Uhr, öffentliche Ver-sammlung im Hotel Stadt Dresden. Genosse Kurt Rosenfeld spricht über „Politische Lage, Reichspräsidentenwahl, Aufgaben der SAP“
- SAP Nünchritz: Sonnabend, 5. März, 19.30 Uhr, öf-fentliche Versammlung im Jugendhaus. Genosse Seyde-witz spricht über „Hitler — Hindenburg — Thäl-mann“
- SAP Heidenau: Sonntag, 6. März, 9.30 Uhr, öffentliche Versammlung im Deutschen Haus. Genosse Seyde-witz spricht über „Reichspräsidentenwahl und Ar-beiterklasse“
- SAP Langenau: Sonntag, 6. März, 15 Uhr, öffentliche Ver-sammlung im Gasthof „Zum Stern“. Genosse Zwell-ing spricht über „Hitler — Hindenburg — Thäl-mann“
- SAP Brand-Erbisdorf: Sonntag, 6. März, 19.30 Uhr, öf-fentliche Versammlung in „Stadt Dresden“. Genosse Zwell-ing spricht über „Hitler — Hindenburg — Thälmann“
- SAP Coswig (Bezirk Dresden): Montag, 7. März, 19.30 Uhr, Mitgliederversammlung im „Wettiner Hof“
- SAP Dresden: Dienstag, 8. März, 19.30 Uhr, Jahreshaupt-versammlung im Kegelhau. — Montag, 7. März, 16.30 Uhr, Sitzung des zentralen Arbeitsausschusses
- SAP Königstein: Sonnabend, 5. März, 19.30 Uhr, im Schützenhaus öffentliche Versammlung. Genosse Zwell-ing spricht über „Hitler — Hindenburg — Thälmann“
- SAP Niederhaßlau: Sonnabend, 5. März, 20 Uhr, öffentliche Versammlung im Gasthof „Stadt Zwickau“. Genosse Herbert Schaller, Leipzig, spricht über: „Der Kampf an den Reichspräsidenten, Welche Kandidaten wähle die Proletarier!“
- SAP Elbenstock: Mitglieder-versammlung, Freitag, 4. Fe-bruar, 20 Uhr, im „Englischen Hof“
- SAP Düsseldorf: Delegiertenwahl zum Reichsparteitag, Sonntag, 6. März, in der Zeit zwischen 11 und 12 Uhr, in den Distriktlokalen, sofern von der Distrikts-leitung nichts anderes bekanntgegeben wird.
- SJV Düsseldorf, Kindergruppe Bilki: Sonntag, 8.30 Uhr, an der Friedensschule. Fahrt nach Ratingen. Up-kosten RM 0,20
- SAP Hamborn-Schmidthorst: Sonntag, 6. März, 16 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal Delmich, Schil- und Sterkrader Straße.

Im März und April:

Kampagne unserer Mitgliedschaft zur Schaffung eines Fonds für den Ausbau unserer Presse

Unsere Bewegung marschiert: Seit 1. Januar 15 000 neue Abonnenten gewonnen für unsere Wochenzeitschrift. Seit 1. März eine zweite Tageszeitung der SAP

Unsere junge Bewegung, die Sozialistische Arbeiterpartei, ist heute schon fest verankert bis in die äußersten Ecken des Reiches. Nirgendwo ein größerer Bezirk, wo nicht eine größere oder große Anzahl von Ortsgruppen erstanden wären. Und keine von ihnen, die durch eine erhöhte Aktivität aller Mitglieder nicht ständig größer würde. Kein sektierisches Dasein führen die Gruppen der SAP, wie die anderen gern feststellen, weil man uns als Gegner zu fürchten beginnt. Sei es die SPD, sei es die Bürokratie der KPD, die ihren Anhängern krampfhaft falsche Darstellungen von unserem Willen und unserer Bewegung gibt.

Vor der Gründung der SAP schien es, als ob in Tausenden geschulter Sozialisten infolge der ständigen Rückschläge und Enttäuschungen jede Hoffnung, jeder Glaube an den Sozialismus gestorben und aller Idealismus verschwunden sei. Sie sahen keinen klaren revolutionären Weg einer der Arbeiterparteien.

Die SAP hat alle diese Kräfte neu entfesselt und den Massen neuen Glauben an den Sozialismus und den Sieg der Arbeiterbewegung gegeben. Alle Anstürme und gehässigen Angriffe auf unsere junge Bewegung sind gescheitert, wir marschieren unaufhaltsam vorwärts.

Die wichtigste Waffe im Kampf für die Durchsetzung unserer Ideen in den Massen ist unsere Presse, unsere Tageszeitung, die „SAZ“, und

unsere Wochenzeitung, die allein in der Zeit vom 1. Januar nachweisbar 15 000 neue Abnehmer gewonnen hat.

Auch unsere Tageszeitung, die „Sozialistische Arbeiter-Zeitung“, die unter großen und schwierigen Opfern geschaffen werden mußte, bedarf einer immer weiteren Verbreitung. Vom 1. April ab geht

unsere Tageszeitung in einen parteieigenen Verlag

über. Darum muß schon jetzt und vom 1. April ab alles getan werden, um die Abonnentenzahl der Tageszeitung zu vergrößern, um zur Erhaltung und zum Ausbau der Tageszeitung Mittel aus den Kreisen der Parteigenossenschaft zu mobilisieren, die uns gestatten, unsere Tageszeitung zu einer immer schärferen und wirksameren Waffe im Interesse der Arbeiterklasse zu machen.

Wie unsere Bewegung wächst, ergibt sich auch daraus, daß die Sozialistische Arbeiterpartei sich vom 1. März ab

neben der in Berlin erscheinenden „Sozialistischen Arbeiter-Zeitung“ eine zweite in Breslau gedruckte und erscheinende Tageszeitung unserer Partei für Breslau und Schlesien geschaffen hat.

Es besteht die Absicht, darüber hinaus weitere Tageszeitungen unserer Partei zu schaffen. Zunächst in Sachsen, in Südwestdeutschland und Westdeutschland.

Zur Durchführung dieser notwendigen Pläne, zur Durchsetzung einer schlagkräftigen Presse der Sozialistischen Arbeiterpartei gehört Geld und immer wieder Geld. Die Sozialistische Arbeiterpartei ist eine durch und durch proletarische Partei. Sie hat keine kapitalistischen Geldgeber, sie ist

angewiesen nur auf die Opferwilligkeit und die Aktivität ihrer Mitglieder und der mit ihr sympathisierenden Proletarier.

Um den Ausbau unserer Presse durchsetzen zu können, hat der Parteivorstand der Sozialistischen Arbeiterpartei beschlossen

einen großen Pressfonds zu schaffen, durch Herausgabe von Gutscheinen, die zum Preise von 1 M. von unseren Parteigenossen in den nächsten 2 Monaten in allen Orten in Zehntausenden von Exemplaren vertrieben werden müssen.

Dieser Gutschein, der für 1 M. gekauft werden kann, wird vom 1. April 1933 ab für 1,20 M. in Zahlung genommen für Verlagserscheinungen der Freien Verlagsgesellschaft und für Abonnements der SAZ.

Durch Auslosung wird entschieden, welche Nummern der Gutscheine zuerst eingelöst werden. In jedem Vierteljahr ab 1. April

1933 wird eine bestimmte Anzahl der Gutscheine in Zahlung genommen.

Die Monate März und April müssen benutzt werden, zu einer großartigen Werbekampagne zum Verkauf von Gutscheinen zur Schaffung eines Pressfonds zur Erhaltung und zum Ausbau der Zeitungen der Sozialistischen Arbeiterpartei!

Die Versammlungswelle

Genosse Weckerle in Ostachsen

Genosse Weckerle sprach an drei Tagen fünfmal in unserem Bezirk. In erstmaligen öffentlichen Versammlungen in Radeberg und Dresden-Reick wurde der Boden für unsere Ideen gelockert, in Oberfriedersdorf erhielten unsere Genossen wertvolle Anregungen für den grundsätzlichen Kampf der SAP. In einer Aelterentagung des SJV-Dresden und in einer Erwerbslosenversammlung in Dresden behandelte Genosse Weckerle vorwiegend Gewerkschaftsfragen. Diese Versammlungen haben uns organisatorisch und ideologisch wichtige Dienste geleistet.

★

Kötzschenbroda

Unsere erste öffentliche Versammlung füllte Saal und Galerie des „Goldenen Anker“ bis auf den letzten Platz. Sozialdemokraten, Reichsbannerleute, Kommunisten, Sympathisierende waren in großer Zahl erschienen. Die Ausführungen des Genossen Fabian fanden stürmischen Beifall; die einstündige Diskussionsrede eines Kommunisten zeigte die hoffnungsvolle Verbortheit der KPD mit erschreckender Deutlichkeit. Mehrere Neuaufnahmen.

Plauen

Vor mehr als tausend Arbeitern sprach Genosse Seydewitz über das Thema „Hindenburg oder Thälmann?“ Die Versammlung war für uns ein Riesenerfolg, leider war der Saal zu klein, so daß Hunderte von Arbeitern wieder umdrehen mußten.

★

Dortmund

Nach einer von SAP, KPO, den Syndikalistischen und der Arbeiter- und Bauernpartei gemeinsam veranstalteten Versammlung wurde von diesen Parteien ein Antifaschistisches Kampfkartell gegründet. Das Kampfkartell wird bereits in den nächsten Tagen mit einer neuen Versammlung an die Öffentlichkeit treten.

★

Duisburg

In großer öffentlicher Versammlung sprach Genossin Dr. Käthe Frankenthal zur Reichspräsidentenwahl. An der Diskussion beteiligten sich zwei kommunistische Genossen. Die SPD kniff selbstverständlich. Das überzeugt die Arbeiter von unserer Daseinsberechtigung am besten.

Weiterer Abbau des Mieterschutzes

Die vierte Verordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 enthält in ihrem zweiten Teile u. a. Lockerungsbestimmungen auf dem Gebiete der Wohnungszwangswirtschaft, die teils am 1. Januar 1932 in Kraft getreten sind, teils am 1. April 1932 in Kraft treten werden. Um die sächsischen Lockerungsvorschriften mit diesen reichsrechtlichen Bestimmungen in Einklang zu bringen, ist unter Aufhebung der bisherigen Lockerungsverordnungen vom Justizministerium sowie vom Arbeits- und Wohlfahrtsministerium eine fünfte Verordnung über die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft vom 25. Februar 1932 erlassen worden, die einen zusammenfassenden Überblick über die in Sachsen vom 1. April 1932 ab geltenden Lockerungsbestimmungen gibt.

Soweit das Wohnungsmangelgesetz in Betracht kommt, gelten für die Inanspruchnahme von Räumen durch die Gemeindebehörden die gleichen Freigrenzen wie nach der vierten Lockerungsverordnung vom 14. Januar 1932.

Gemäß der eingangs erwähnten zwingenden reichsrechtlichen Vorschriften sind vom 1. April 1932 ab in Sachsen alle Geschäftsräume sowie die sogenannten teureren Wohnungen vom Reichsmietengesetz und vom Mieterschutz befreit. Teuere Wohnungen sind solche Wohnungen, deren Jahresfriedensmiete:

- a) 1200 M. und mehr in den Orten der Ortsklasse A,
- b) 900 M. und mehr in den Orten der Ortsklasse B,
- c) 600 M. und mehr in den Orten der Ortsklasse C und
- d) 450 M. und mehr in den Orten der Ortsklasse D beträgt.

Auf Grund der den obersten Landesbehörden in der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 erteilten Ermächtigung ist in der fünften Lockerungsverordnung bestimmt, daß die gleichen Freigrenzen auch für neu abgeschlossene Mietverträge über Wohnungen mit einer geringeren Jahresfriedensmiete, die vom Wohnungsmangelgesetz frei sind, genießen daher in Abweichung von der reichsrechtlichen Regelvorschrift wie bisher denselben Mieterschutz wie laufende Verträge.

Da für Untermietverhältnisse vom 1. April 1932 ab kraft reichsrechtlicher Vorschrift kein Mieterschutz mehr gilt, sind sie in der fünften Lockerungsverordnung auch insoweit von den Vorschriften des Reichsmietengesetzes befreit worden, als dieses bisher ausnahmsweise noch für sie Geltung hatte.

Die Vorschriften über das Schiedsverfahren vor den Mietscheidungskämtern sind kraft reichsrechtlicher Bestimmung weggefallen.

Die §§ 12 und 13 enthalten Schutzvorschriften zugunsten derjenigen Mietverhältnisse, die vom 1. April 1932 ab keinen Mieterschutz mehr genießen, weil ihre Jahresfriedensmiete über der oben bezeichneten Grenze liegt. Sie beziehen sich auf die Länge der einzuhaltenden Kündigungsfrist und auf die Verlängerung einer Räumungsfrist.

Es nützt ja doch nichts!

Zu der Verordnung des Reichskommissars für Preisüberwachung über die Meldepflicht bei Preiserhöhungen im Kleinhandel mit Brot erläßt der sächsische Beauftragte, Ministerialrat Dr. Schelcher, für Sachsen folgende Ausführungsverordnung:

Die Preisüberwachungsbehörden sind ermächtigt, angemeldete Preiserhöhungen im Kleinhandel mit Brot zu untersagen, wenn die Bäckereipanne (Unterschied des Preises zwischen ¼ kg Mehl und 1 kg Brot) gegenüber dem durchschnittlichen Stande im Monat Dezember 1931 nicht um mindestens 10 % herabgesetzt ist oder wenn nach der beabsichtigten Preiserhöhung die Spanne mehr als 90 % der Durchschnittsspanne vom Dezember 1931 betragen würde.

Wird eine angemeldete Preiserhöhung verboten, so kann die Preisüberwachungsbehörde bei Zuwiderhandlungen Gewerbetreibende zur Beachtung des Verbotes unter Androhung von Ordnungsstrafen anhalten. Die Höhe der zu verhängenden Ordnungsstrafen ist nicht beschränkt.

Preisüberwachungsbehörden sind die Amtshauptmannschaften und die Stadträte in den Städten, die der Aufsicht der Kreisauptmannschaften unterstehen.

Organisationsnachrichten SAP

Bezirksverband Groß-Berlin: Bezirkswahlaustrich Sonntag 5. März, 10 15 Uhr, im Sekretariat, Prenzlauer Allee 34. Die Ortsgruppen haben unterbreitigt nach Beendigung der Wahlzeit, also um 10 Uhr, die Resultate an das Sekretariat zu senden, damit der Bezirkswahlausschuß das Gesamtergebnis bis Sonntag abend feststellen kann. Bei der Wahl selbst ist unbedingt darauf zu achten, daß bei Abgabe der Stimmen auf jede Mitgliedskarte ein Wahlvermerk gesetzt wird. Wir erinnern nochmals daran, daß Wahlzeit von 9 bis 15 Uhr ist. Das erforderliche Material geht den Ortsgruppenvorsitzenden im Lauf des Freitags zu. Sollten Wahlausschüsse innerhalb der Ortsgruppen noch nicht bestimmt sein, so ist das sofort nachzuholen. Die Wahlprotokolle müssen von 10 drei Mitgliedern des Wahlausschusses unterschrieben sein und sind mit den abgabebereiten Stimmzetteln unverzüglich nach Abschluß der Wahl an das Sekretariat zu senden.

Ortsgruppe Prenzlauer Berg, Partei und Jugend: SAZ-Aktion Sonnabend, 3. März, 19 Uhr, und Sonntag, 4. März, 10 Uhr, bei Richter, Schliemannstraße 39. Erschienen Pflicht.

Ortsgruppe Friedrichshagen: Funktionärsitzung, Sonnabend, 3. März, 19 Uhr, im Lokal Krugmann, Memeler Str. 63. Sonntag 6. März, 9-15 Uhr, Wahl der Delegierten zum Reichsparteitag im Lokal Krugmann, Memeler Straße 63.

Ortsgruppe Lichterberg: Sonntag, 6. März, 9 bis 15 Uhr, Wahl der Delegierten zum Reichsparteitag im Lokal Günther, Grötelstraße, Ecke Poststraße.

Ortsgruppe Pankow: Freitag, 4. März, 20 Uhr, Gründung des Antifaschistischen Kartells in Pankow. Sämtliche SAP-Genossen müssen um die angegebene Zeit unbedingt im Heim sein.

Ortsgruppe Schöneberg-Friedrichshagen: Freitag, 4. März, 17 Uhr, und Sonntag, 6. März, 10 Uhr, Zeitungsaktion bei Gail, Morschburger Straße 7. — Sonntag, 6. März, von 9 bis 15 Uhr, Wahl der Delegierten zum Parteitag bei Gail, Morschburger Straße 7. Dasselbe Funktionärsitzung um 9 Uhr.

Ortsgruppe Tempelhof: Mitgliederversammlung Freitag, 4. 3., 20 Uhr, bei Gruss, Friedrich-Wilhelm-Straße 24.

SJV

Mitteilungen der BL

Achtung! Für alle Gruppen! Am Dienstag, dem 4. März, fallen alle Vorkonferenzen aus. Große Kundgebung bei Kilem. Der SJV ist im Gardehaus. — Bei uns ansetzen Famer Brook w.w. London, und Max Seydewitz. Ladet alle SA-Genossen ein! Referentensitzung: Am Montag Zusammenkunft im Jugendheim.

Heute, 4. März, 19.30 Uhr

Charlottenburg: „Karl Liebknecht“ Arbeitgemeinschaft. Frankfurter Allee: Zusammenkunft beim Gen. Bernhard Hein.

Gründershausen: Arbeitgemeinschaft. Hesse: Arbeitgemeinschaft. Köpenick August Bebel „Roter Aufbruch“ Mitgliederversammlung.

Mitte: „Rote Flagge“ Tagespolitik. Neukölln I u. II: Bei Paul und spricht Max Hodann. Neukölln III: Arbeitgemeinschaft. Neukölln IV: Tagespolitik.

Unterstadt: Neukölln: Am Sonntag: Fahrt. 7 Uhr Bahnhof Neukölln. Schönehauser Viertel: „Paul Levi“ Arbeitgemeinschaft. Sowjetstraße 1.

Wotan: „Licht“ Tagespolitik. Wilmersdorf: Tagespolitik. Balken und Heißhühner: Treffpunkt für Zeitungsaktoren in der Wollanstraße Karl Legien 19 Uhr bei W. Seiffert, Nauziger Str. 37.

Arbeiter Berlins!

SAP und SJV rufen zu einer

öffentlichen Versammlung

auf, die Dienstag, den 6. März, um 20 Uhr, in den Gesamträumen von Kilems Festsälen in Neukölln, Hasenheide 13/16, stattfindet. Es sprechen der Parteivorsitzende der SAP

Reichstags-Abgeordneter Max Seydewitz und der Vorsitzende des SJV Willi Kriebmann über die Reichspräsidentenwahl

Die internationalen Referenten können — infolge der Verschiebung ihrer Berliner Tagung — nicht erscheinen. Das SAP-Bläserkorps leitet den Abend ein * Unkostenbeitrag 20 Pfennig * Erwerbslose 10 Pfennig

Sportschau der SAZ

Ergebnisse der Hallensportfeste

Berlin

Jugend-Stafette: 5 Mal eine Runde. ASV. Neukölln 2 Minuten, 16,4 Sekunden von Nordring mit 2:18,2 Minuten. — 2000-m-Mannschaftslauf von 1. Eiche, Leipzig, in 6:04,7 Min. 2. Athletensportklub 6:12 Min. 3. Dresden 6:12,7 Min. — **Endlauf über 70 m Jugendliche:** 14-16 Jahre: 1. Hensch, FTGB, Südost, Tempelhof, in 8,6 Sekunden. 2. Schenk, Eiche-Köpenick, mit 8,8 Sekunden. — **Altersklasse 17-18 Jahre:** 1. Geisler, ASC, Berlin, 8,7 Sekunden. 2. Schulbach, V. f. L. Osting, mit 8,8 Sekunden. Sportlerinnen 14-16 Jahre: 1. Nagel, FTGB, Süden, mit 10,1 Sekunden. 2. Frede, Sportverein Moabit, mit 10,2 Sek. Altersklasse 17-18 Jahre: 1. Krüger, Dresden, 9 Sek. abtreten. 2. Stolzenberg, Volkssport Neukölln-Brick, 10 Sek. Im Lauf über 19 Jahre wurde Erster Dumke, V. f. L. Osting, mit 9,6 Sekunden. Zweiter Handke, ASV, Rot-Weiß, mit 9,9 Sek. Alterssportler über 35 Jahre: 1. Leutloff, ASV, Neukölln, mit 8,9 Sekunden. 2. Mitter, FTGB, Lichtberg, Altersklasse 31-35 Jahre: 1. Theer, Leipzig, 8,7 Sekunden. 2. Brandstätter, Sportverein Moabit, 8,8 Sek. Sportklasse C: 1. Grothausen, 8,7 Sek. 2. E. Krüger, 8,8 Sek. FTGB, Norden II. Klasse B: 1. Riemer, Stettin, mit 8,5 Sekunden. 2. Blumel, FTGB, Süden. Klasse A: 1. O. Hill, ASC, Berlin, 8,3 Sek. 2. Franke, V. f. L. Osting, 8,1 Sek. 14 mal eine Runde für Sonderpartei: 1. Fr. 1. 4:30,3 Min. 2. Fr. 2. 4:32 Min. Es folgte nachher die 4 mal 400-m-Einlauf-Stafette: 1. ABC Berlin 1:17 Min. 2. Stettin, 1:15,4 Min. eine Brustweite den V. f. L. Osting hinter sich lassend. 10 mal 1/2 Runde für Sportlerinnen: 1. Volkssport Wedding mit 2:28,5 Min. 2. ASC, Berlin 2:32,7 Min. 800-m-Lauf der Jugend: 1. Schaf, Volkssport Neukölln-Brick, 2:16,1. 2. Siewert, ASV, Neukölln, 2:16,3. 60-m-Hürdenlauf für Sportler: 1. J. J. J. Dresden, 9,5 Sek. 2. Zain, SSC, Berlin, 9,6 Sek. 60-m-Hürdenlauf für Jugend: 1. Dahn, ASC, Berlin, 9,5 Sek. 2. Steingraber, Brandenburg, 9,6 Sek. Schwedensafette Kl. C, Lauf A: 1. FTGB, Osten, 2:22,2 Min. 2. Kautschorf, 2:23,9 Min. 30 mal 1 Runde Stafette Kl. A: 1. ASC, Berlin, 8:47,7 Min. 2. Stettin, 8:50,9 Min. 3. Vorwärts, Leipzig, 8:54 Min. 4 mal 1/2 Runde der Alterssportler 1. Brandenburg, 54,3 Sek. 2. ASC, Berlin, 54,7 Sek. 3. ASV, Neukölln, 54,9 Sek. 10 mal 1 Runde Kl. C: 1. FTGB, Nordring, 4:32,2 Min. 2. FTGB, Osten, 4:33,2 Min. 3. FTGB, Nordost, 4:35 Min. Kl. Olympische Stafette für Sportlerinnen, Einladung: 1. Dresden-Cotta, 60,6 Sek. 2. ASV, Rot-Weiß, 61,3 Sek. 3. ASC, Berlin, 61,8 Sek. Olympische Stafette Kl. B, Lauf A: 1. Rot-Weiß, 4:07,7 Min. 2. ASV, Wedding, 4:05,5 Min. 3. ASV, Neukölln, 4:17,5 Min. 10 mal 1 Runde Klasse B: 1. ASV, Neukölln, 4:27 Min. 2. Volkssport Neukölln, 4:28,6 Min. 3. ASV, Wedding, 4:30 Min. Sehr freudig wurden die Handballer des 2. und 4. Bezirks begrüßt. Obwohl der 2. Bezirk sofort ein eingetragtes Zusammenspiel durchführte, fehlte es doch noch am guten Toranschlag. Zur Pause hieß es 1:1. Im zweiten Spielabschnitt war der 4. Bezirk dann wesentlich besser. Schnelles Durchaufsetzen und das Schießen aus jeder Lage ermöglichten dann den 4:1-Stieg.

Frankfurt a. M.

Radrennen: Stadtkampf 4. Läufe zu 5 Runden A 900 m: 1. Lau, 1. Schillauki-Köln 1:21,8; 2. Engels-Düsseldorfer; 3. Bensch, Mutterstadt. B 1000 m: 1. Mühlensiep-Düsseldorf 1:16,2; 2. Lotz-Frankfurt; 3. Koch-Mutterstadt. — 3. Lauf: 1. Schillauki-Köln 1:18,5; 2. Lorenz-Mannheim; 3. Papst-Frankfurt. — 4. Lauf: 1. Lotz-Frankfurt 1:18,6; 2. Mühlensiep-Düsseldorf; 3. Koch-Mutterstadt. — Gesamtergebnis: 1. Frank-

furt (Papst-Lotz) 22 Punkte; 2. Düsseldorf (Engels-Mühlensiep) 20 Punkte; 3. Mutterstadt (Bensch-Koch) 19 Punkte; 4. Köln (Schillauki-Bouß) 17 Punkte; 5. Mannheim (Lorenz-Gräser) 15 Punkte. 600 m Radball: Allstadt-Sachsenhausen komb.-Bornheim-Oberrad komb. 2:0 (1:0). — 100 Runden-Mannschaftslauf: 1. Papst-Lotz (Frankfurt) 10 Punkte; 2. Lorenz-Gräser (Mannheim) 8 Punkte; 3. Schillauki-Bouß (Köln) 6 Punkte; 4. Ploke-Leonhard (Holzhausen) 4 Punkte.

Leichtathletik: Sportler Klasse A 60 m: 1. Nau-Riederwald 7,4 Sek.; 2. Schröder-Sachsenhausen 7,5 Sek.; 3. Liebig-Riederwald 7,6 Sek. — 60-m-Hürden: 1. H. Diehl-Riederwald 0,5 Sek.; 2. Croll VFL 13 9,5 Sek. (Handbr. zur.); 3. Liebig-Riederwald 9,6 Sek. — 4 x 1/2 Runde: 1. Riederwald 1:28,0; 2. Zellheim 1:31,9; 3. Nord B 1:33,7; (Nord A mit 1:30,2 als 2. disqualifiziert). — 10 x 1/2 Runden: 1. Riederwald 3:38,4; 2. Nord 3:51,7; 3. VFL 4:30. — Klasse B 60 m: 1. Schlusor-Fichte 7,5 Sek.; 2. Brochner-Eppstein 7,6 Sek.; 3. Engelminier-Jask 7,7 Sek. — 60-m-Hürden: 1. Sachsenhausen A 1:32,6; 2. Sachsenhausen B 1:36; 3. Fr. Schw. Bornheim 1:36,2; (VFL 13 als 2. disqual.). — 10 x 1/2 Runde: 1. Sachsenhausen 1:58,1; 2. Nord (Fußballer) 1:58,5; 3. Westend 1:59,5. — Jugend, 60 m: 1. Heinrich-Riederwald 7,7 Sek.; 2. Braunwald-Nord 7,9 Sek.; 3. Diehl 11-Riederwald 8,2 Sek. — 10 Runden: 1. Westend 1:59,7; 2. Bornheim 2:02,5; 3. Nord 2:03,5. — Sportlerinnen 60 m: 1. Roth VFL 13 8,2 Sek.; 2. Preisel-Westend 8,4 Sek.; 3. Hofmann-Nord 8,6 Sek. — 8 x 1/2 Runde: 1. Nord 1:49,8; 2. Riederwald 1:48,6; 3. Borkenheim 1:48,8. — Jugend, 60 m: 1. Zipp-Riederwald 0,1 Sek.; 2. Simon VFL 13 0,2 Sek.; 3. Güpfer-Riederwald 0,3 Sek. — Fußball: ASV, Westend-VFL 13-Frankfurt 1:0 (0:0). — Pushball: FSV, 04 Sachsenhausen-Fichte-Frankfurt 2:0 (2:0). — Handball: Fr. T. Nord-Frankfurt-Fr. T. Borkenheim 3:0 (0:0).

Fußball im Bezirk Pirna

Die mit reichlich Schnee bedeckten Plätze stellten an alle Mannschaften hohe Anforderungen. Dadurch wurde auch manches Resultat erzielt, was die Voraussagen über den Haufen warf.

Sonntabend

Eintracht I-Heidenau I 9:3 (0:0). E. machte sich von einer anfänglichen Druckperiode H. frei und erzielte gegen die dann sehr lustlos spielenden H. bis zur Pause 6 Tore, woran die völlig verärgerte Lauterreihe die Hauptschuld trägt. In der zweiten Hälfte war das Spiel ausgeglichener, und jede Mannschaft kam zu 3 Toren. Heidenau V-Gorbitz III 1:5.

Sonntag

Heidenau I-Goltsche-Ries 4:3 (2:1). Beide Mannschaften lieferten sich einen spannenden Kampf. Die Gäste rechtfertigten ihren Ruf jederzeit. H. ging zuerst in Führung, die G. kurze Zeit darauf durch Elfmeter wettmachte. Durch Fernschuß des r. L. stellte H. den Halbzeitstand fest. Kurz nach der Pause erzielte H. ein weiteres Tor, worauf G. mächtig aufdrehte und gleichg. Erst in den Schlussminuten kam H. zum Siegestreffer. Der Hüter der Gäste bewahrte seine Mannschaft vor einer höheren Niederlage. Heidenau III-Eintracht III 4:0; Heidenau A.H.-Cotta A.H. 3:1; Heidenau I. Jgd.-Köttschenbroda I. Jgd. 4:0.

Handball

Piescha I-Heidenau I 6:1 (2:0). P. fand sich mit dem Boden besser ab und erzielte bis zur Pause gegen die sehr zerfahren spielenden Heidenauer 2 Tore. Wegen Unsportlichkeit wurden zwei H. Genossen vom Platze gewiesen, wovon die Niederlage besiegelt war. Der Schiedsrichter war dem Spiel nicht gewachsen.

Volkstümliches Schwimmfest in Düsseldorf

Daß der Arbeiter-Schwimmverein in immer weiteren Kreisen der Arbeiterschaft Anklang findet, hat das Schwimmfest der Düsseldorfer Arbeiterschwimmer wieder einmal gezeigt. Das Stadtbad an der Kettwiger Straße war überfüllt. Durch ihr zahlreiches Erscheinen hat die werktätige Bevölkerung Düsseldorf bewiesen, daß sie Freude am Sport hat, auch wenn er nicht durch „Sensationen“ gewirkt ist. Die Zuschauer folgten den Kämpfen mit großer Begeisterung und kargten nicht mit Beifall. Alles in allem eine sehr gut gelungene Werbeveranstaltung, die dem schönen Schwimmsport und im besonderen dem Arbeiterschwimmertum manchen neuen Anhänger gewonnen haben wird. Nachfolgend die Ergebnisse:

10 x 50-m-Kraustafette Männer: 1. Düsseldorf I 5:24,6 Min.; 2. Wuppertal 5:31,2 Min.; 3. Duisburg 5:53 Min.

3 x 100-m-Frauenlagen-Stafette: 1. Düsseldorf-Ost 5:12 Min.; 2. Düsseldorf-Nord 5:17,3 Min.; 3. Duisburg 5:19,4 Minuten.

Frauenwasserball: Düsseldorf-Duisburg 2:1. Jugendwasserball: Düsseldorf-Duisburg 7:1.

Männerwasserball: Düsseldorf II-Duisburg I 5:4 (2:1). Düsseldorf I-Wuppertal I 10:4.

Sport im Vogtland Schwimmlehrgang in Plauen

Die Freien Schwimmer Plauen, Mitglied des AT- u. SB, beginnen in dieser Woche einen Schwimmlehrgang. Erwerbslose Partei-, Gewerkschafts- und Sportgenossen, die das Schwimmen noch nicht können und die gewillt sind, es zu lernen, werden gebeten, ihre Adresse Freitag abend in der Männerschwimmhalle des städtischen Hallenbades oder bei Gen. Oswald Kernich, Hammerstraße 111, abzugeben. Dort erhalten sie nähere Auskunft. Unkosten entstehen nicht.

Die südwestsächsische Serie beginnt

Der Kampf um die Punkte, das Ringen um den neuen Fußball-Bereichsmeister. Man wird wieder neue, schöne Spiele, alte und neue Meisler erleben. Genau zehn Jahre ist es nun her, daß der 6. Bezirk mit der Austragung der Bezirksmeisterschaft begonnen hat. Zehn Meisterschaften gehören der Vergangenheit an, in denen folgende Vereine durch das Ziel gingen:

Niederhalla dreimal, Wilkau zweimal, Cainsdorf zweimal, Meerane einmal, Crimmitschau einmal, Plantitz einmal.

Die neue Einteilung, der damit verbundene dauernde Wechsel der fünf Besten der A-Gruppe und vier Besten der B-Gruppe wird sich zweifellos bestens bewähren und zu neuem Aufstieg unserer Spielkultur führen.

Die A-Gruppe (I. Klasse) ist geradezu vollgepfropft mit spielstarken, erfahrenen Mannschaften. Dort wird es besonders schwer fallen, die Meisterschaft zu erringen. Aber auch die B-Gruppe wird dafür sorgen, daß niemand die Bäume in den Himmel wachsen, in

der 2a-Klasse ist vor allem die neue Gruppeneinteilung und das Mitwirken einiger neuer Vereine von Interesse. Am ersten Sonntag steigen folgende Treffen:

Vielau-Oberhohndorf (15.30); Netzschau-Niederhalla (Bezirksmeister) (15.30); Zwickau-Süd-Reichenbach (15.30); Reinsdorf-Wilkau (15.30).

B-Gruppe: Plantitz-Ebersbrunn (16.00); Crimmitschau gegen Verdau (15.30); Cainsdorf-Marienthal (15.30); Zwickau-Zwickau-Nord (15 Uhr auf dem Fichteplatz).

2a-Klasse: Mülsen-Nicias-Pöhlau (15.30); Mülsen-Jacob-Wiesenberg (14.00); Hartensdorf-Neuschütz (15.30); Friedrichsgrün-Moyel (15.30); Rutschau-Lengenfeld (15.30); Mylau-Lichtenhain (15.30); Steмпleis gegen Schönfels (15.30); Reinsdorf 3-Fraureuth 1 (11.00).

Spieler der unteren Mannschaften: Vielau 2-Oberhohndorf 2 (13.45); Netzschau 2-Niederhalla 2a (13.45); Zwickau-Süd-Reichenbach 2 (13.45); Reinsdorf 2 gegen Wilkau 2a (13.45); Neukirchen 2-Niederhalla 2b (13.40); Plantitz 2-Ebersbrunn 2 (13.30); Crimmitschau 2 gegen Verdau 2 (13.45); Cainsdorf 2-Marienthal 2 (13.45); Zwickau-Zwickau-Nord 2 (11.15); Wilkau 3 gegen Vielau 3 (12.30); Zwickau-Süd-Oberhohndorf 3 (12.00); Plantitz 3-Crimmitschau 4 (13.00); Hartensdorf 3 gegen Ebersbrunn 3 (10.30); Friedrichsgrün 2-Pöhlau 2 (13.45); Rutschau 2-Crimmitschau 3 (13.45); Schönfels 2 gegen Netzschau 3 (10.30); Brockau 2-Zwickau 3 (13.30); Steмпleis 2-Pöhlau 3 (13.45).

Jugend: Vielau-Oberhohndorf (12.30); Reinsdorf gegen Wilkau (12.30); Netzschau-Niederhalla (12.30); Plantitz-Lichtenhain (12.00); Cainsdorf-Marienthal (12.30); Mylau-Crimmitschau (14.15); Friedrichsgrün gegen Fraureuth (12.30); Friedrichsgrün Knaben-Wilkau Knaben (11.00).

Der Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer

Auftakt der Düsseldorfer roten Kavallerie Rennsport — Saalsport — Motorsport

Am Sonntag, dem 6. März, ist Großwerbtag der Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer in Düsseldorf. In einer großen öffentlichen Kundgebung verbunden mit einer überlebens-Hindernisfahrt für Kenurfahrer über 25 Kilometer, einer Motorfahrer-Zielfahrt und öffentlichen sportlichen Aufführungen mit Schul- und Kunstfahr-Debütationen wird die Ortsgruppe Düsseldorf für den Gedanken des Arbeiter-Rad- und Motorsports werben.

Die Düsseldorfer werktätige Bevölkerung wird auf diese Sport-Werbe-Veranstaltung aufmerksam gemacht. Der Besuch kann nur empfohlen werden, um so mehr, als kein Eintrittsgeld erhoben wird.

Treffpunkt für alle Rad- und Motorsport-Interessierten ist also am 6. März die Schlesische Straße in Düsseldorf, an der Restauration Katzbachquelle, ab 10 Uhr.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Duckstein, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Siebel Zeitungs-Verlagsges. m. B. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags. Redaktionen: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904. Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905. Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM 2 40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2 10 und RM - 36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2 10 und RM - 36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2 10 monatlich zuzüglich RM 1 30 Porto. Inseratenpreise: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete. Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Siebel Zeitungs-Verlagsges. m. B. H.“ Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 7 Nr. 153 928. Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Siebel Zeitungs-Verlagsges. m. B. H.“ Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 928.

Staats-Theater

Oper U. d. Linden
Freitag, 4. März
19.30 - 22.30 Uhr:
Die Hochzeit des Figaro

Schauspielhaus
Gendarmenmarkt
Freitag, 4. März
20 - 23.00 Uhr:
Cyrano v. Bergerac

Schillertheater
Charlottenburg, Bernauerstraße
Freitag 4. März
20 - 22.30 Uhr:
Die endlose Straße

Volkstheater

Fuhrmann Henschel
J. J. Norden 29/4
Freitag, 4. März
8 Uhr:
Fuhrmann Henschel

Rose-Theater
Johanna-Frankfurter Str. 132
Freitag, 4. März
8.15 Uhr:
Jettchen Gebert

CIRCUS BUSCH
Hilf. Wendenhamm 36/60
Freitag, 4. März
8.15 Uhr:
Circus Busch

KINO FÜR JEDERMANN

Potsdamer Str. 4, im Voxhaus - an Potsdamer Platz B1 Kart. 2334.
Ab Freitag den 4. März 1932
„Bobby geht los“
Kriminal-Tonfilm mit Harry Piel, Anny Markart, Kurt Lillen, Ferd. Hart, Fritz Odemar, Alfr. Beilerle und das ausgezeichnete tönende Beiprogramm. Tägl. ab 9 Uhr vorm. Sonntag ab 11 nachm. bis 11 U. nachts. Einzlg. Tag- u. Nachtkino Berlins

Elysium - Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
2 große Schränke:
„Das Ende v. Marade“
und
Ein Auto und kein Geld
Theater des Weddings
Müller-Edke Sellersstraße
Felix Bressart
„Der Herr Bürgermeister“
Das lustige Beiprogramm Jugendliche haben Zutritt.

MILWA
Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
Wieder 2 Tonfilme — also 2 Schläger
Helix Rehmans in dem komischsten aller Militärfilme
Der Stolz der 3. Kompagnie
m. Fritz Kampers und Trude Berliner dazu:
Wilhelm Dieterle in seinem neuesten Tonfilmverfolg:
Eine Stunde Glück
mit Evelyn Holt und Harald Paulsen
Wochentags 5.15 Sonntags 3.15
Kasseneröffnung 1/2 Stunde vor Beginn

Filmoalast Puhlmann
Schönhauser Allee 148
Chauffeur Antoinette
und
Der brave Sünder
mit
Max Pallenberg
Freitag ab 9 Uhr vorm. Sonntag ab 11 nachm. bis 11 U. nachts. Einzlg. Tag- u. Nachtkino Berlins

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
2 Groß-Tonfilme:
Maria Paudler, Fritz Schulz in
Einer Frau muß man alles verzeih'n
dazu
Helix Rehmans in der Posse:
Man braucht kein Geld
mit
Ida Wäst, Hans Junkermann

Die Ente
NEUERSCHEINEN
Aus dem Inhalt der neuen Nummer:
Dueterberg als Sittlichkeitsapostel / Frau Goebbe läßt sich scheiden / Abenteuer im Schlafwagen / Victor Hahn und der Kronprinz / Hindenburg vor 7 Jahren
1. Jahrgang
10 Pfennig
Bei allen Zeitungshändlern Probenummern gratis vom Verlag der ENTE, Berlin W 30, Haberlandstr. 7

Genossen Beachtet unsere Inserate!

Lichtspiele am Stettiner Bahnhof

Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
Trader Horn
der große Afrika-Film
dazu
Wer ist Bullys Mörder?
Fox tönende Wochenschau

Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Stürme der Leidenschaft
mit Emil Jannings, Anna Sten und das reichhaltige Beiprogramm

PRATER Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße
Autobus 9
Lachen ohne Ende über:
Die spanische Fliege
m. Fritz Schulz, Oskar Warburg usw.
Dazu die Doppelbühnenschau:
1. Zaba u. de Vogt von der Staatsoper Madrid, unübertroffene Gesangs- und Instrumental-Duette
2. Fritz Jörgens
In seinem Tanz- u. Verwandlungssketch
Bei Frau Huschke wohnt die Kunst
Eintaß 1/2, 5 Uhr. Eintrittspr. ab 9 50 RM.

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
2 Groß-Tonfilme:
Maria Paudler, Fritz Schulz in
Einer Frau muß man alles verzeih'n
dazu
Helix Rehmans in der Posse:
Man braucht kein Geld
mit
Ida Wäst, Hans Junkermann

Die Ente
NEUERSCHEINEN
Aus dem Inhalt der neuen Nummer:
Dueterberg als Sittlichkeitsapostel / Frau Goebbe läßt sich scheiden / Abenteuer im Schlafwagen / Victor Hahn und der Kronprinz / Hindenburg vor 7 Jahren
1. Jahrgang
10 Pfennig
Bei allen Zeitungshändlern Probenummern gratis vom Verlag der ENTE, Berlin W 30, Haberlandstr. 7

Genossen Beachtet unsere Inserate!

Genossen Beachtet unsere Inserate!

Genossen Beachtet unsere Inserate!

Genossen Beachtet unsere Inserate!

Genossen Beachtet unsere Inserate!

PRATER Lichtspiele

Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße
Autobus 9
Lachen ohne Ende über:
Die spanische Fliege
m. Fritz Schulz, Oskar Warburg usw.
Dazu die Doppelbühnenschau:
1. Zaba u. de Vogt von der Staatsoper Madrid, unübertroffene Gesangs- und Instrumental-Duette
2. Fritz Jörgens
In seinem Tanz- u. Verwandlungssketch
Bei Frau Huschke wohnt die Kunst
Eintaß 1/2, 5 Uhr. Eintrittspr. ab 9 50 RM.

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
2 Groß-Tonfilme:
Maria Paudler, Fritz Schulz in
Einer Frau muß man alles verzeih'n
dazu
Helix Rehmans in der Posse:
Man braucht kein Geld
mit
Ida Wäst, Hans Junkermann

Die Ente
NEUERSCHEINEN
Aus dem Inhalt der neuen Nummer:
Dueterberg als Sittlichkeitsapostel / Frau Goebbe läßt sich scheiden / Abenteuer im Schlafwagen / Victor Hahn und der Kronprinz / Hindenburg vor 7 Jahren
1. Jahrgang
10 Pfennig
Bei allen Zeitungshändlern Probenummern gratis vom Verlag der ENTE, Berlin W 30, Haberlandstr. 7

Genossen Beachtet unsere Inserate!

Genossen Beachtet unsere Inserate!

Genossen Beachtet unsere Inserate!

Genossen Beachtet unsere Inserate!

Genossen Beachtet unsere Inserate!

Genossen Beachtet unsere Inserate!

Genossen Beachtet unsere Inserate!

Alles für Fest . . .

blaue u. schwarze Manchesteranzüge, blaue Ledersam Armlwestenanzüge, weiße Panamanemden, Lack- und farbige Releimschuhe handgetriebene Broschen und Anhänger und vieles andere
und Fahrt!
kniefreie Lebersam hosen in allen Farben, farbige Sportheimden u. Kittel, Armlwesten aus Grobklein, Lodenmäntel, Zeite Decken, Tornister, Rucksäcke, Brotbeutel, Bekleidung auch nach Maß

beziehen die Jugendgenossen nur in unserem Unternehmen
Uebt Solidarität! Kauft bei uns!
DIE FACKELSTÜBEN
Eigentum des Bundes zur Förderung sozialistischer Werkmeister E. V.
BERLIN C 2, KLOSTERSTR. 62
Geöffnet von 9-19 Uhr. Besucht uns unverfänglich

HAUS VATERLAND
KURFÜRSTENPLATZ 7
Vergnügungs-
Restaurant
BERLIN
BETRIEB KEMPINSKI

Genossen Beachtet unsere Inserate!

Genossen Beachtet unsere Inserate!

Genossen Beachtet unsere Inserate!

Genossen Beachtet unsere Inserate!

Genossen Beachtet unsere Inserate!

Genossen Beachtet unsere Inserate!

Genossen Beachtet unsere Inserate!

KAUFHAUS SCHOCKEN

Damenmäntel
Kamelhaar-Art
1950
Herrenrevers, Kunststoffsessel, Lederknöpfe
2450
„Audi“ reine Wolle, ganz gefüttert
2950
30 Inseratenform geschliff

Inserieren bringt Gewinn!

Zum Parteitag
bringt wertvolles Material das soeben herausgekommene neue
Märzheft des „Klassenkampf“
die theoretische Zeitschrift der „Sozialistischen Arbeiter-Partei“. Die vorliegende Nummer enthält einen Beitrag von Max Seydewitz über „Pro ramm und Aktion“, wertvolles Material zur trefl. Erklärung der Demokratie und Diktatur und Material von Lenin über Taktik. Außerdem einen Aufsatz von Paul Frölich über proletarische Außenpolitik und noch eine Reihe anderer wertvoller Beiträge.
Wer den „Klassenkampf“ noch nicht liest, muß ihn sofort bestellen bei dem örtlichen Literaturbüro, bei der örtlichen Parteiliedung der SAP, oder direkt bei der Freien Verlagsgesellsch. m. B. H., Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkorso 87 (Monatsbonnement 45 Pf.)

Kampfsignal heute neu!

Werbt Abonnenten!

Werbt Abonnenten!

Werbt Abonnenten!

Umgruppierung in Europa

† Berlin, 2. März.

Während unter Kanonendonner im fernen Osten sich Machtverschiebungen vorbereiten, die Keime künftiger Kriege sowohl wie einer neuen Weltmacht in sich tragen, während England durch den Zolltarif sein Weltreich auszubauen und selbstgenügsam (autark) zu machen strebt, während in Rußland ein neuer Fünfjahrplan zum Zwecke der Unabhängigkeitsmachung der russischen Wirtschaft vom Weltmarkt fertiggestellt wird, während die Vereinigten Staaten von Amerika den amerikanischen Kontinent mehr und mehr zu ihrem ureigenen Herrschaftsgebiet auszubauen streben, vollziehen sich auch auf dem europäischen Kontinent Umgruppierungen, deren Tragweite von großer Bedeutung sein können.

Es ist nichts Neues, daß die französische Politik sich um die Organisation des europäischen Ostens bemüht. Die unter dem Banner des Nationalismus lärmend begonnene deutsch-österreichische Zoll-Anschlußaktion hat die französische Tatbereitschaft zweifellos noch beschleunigt. Nun kommt die Nachricht, daß Tardieu — gleichzeitig im Namen Englands und Italiens — den Vertretern Oesterreichs, Ungarns und der kleinen Entente empfohlen habe, eine Zollunion auf dem Wege von Vorzugsabkommen abzuschließen. Das heißt, daß die Dinge in praxi schon weiter gediehen sind, als man bisher wohl in Deutschland ahnte oder Wort haben wollte. Die Sanktionierung dieser Empfehlung durch England und Italien bedeutet doch kaum etwas anderes, als daß diese beiden Staaten an dem Geschäft direkt oder indirekt durch Konzessionen beteiligt sind. Die Zustimmung des Faschistenlandes läßt darauf schließen, daß ein Rivalitätskampf gegen Frankreich auf dem Balkan, der sehr scharfe Formen angenommen hatte, wenn nicht einstellt, so doch vielleicht in eine Teilung von Interessengebieten ausklingen läßt. Aber das wird sich erst später herausstellen.

Es ist nicht nur die Finanzkraft Frankreichs, die diesen Zusammenschluß in Ost-Europa begünstigt und möglich macht, es ist auch die Furcht vor einem aggressiven Alldeutschtum, die hier im Sinne der französischen Pläne fördernd wirkt. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, was in deutschen Blättern nicht vermerkt wird, daß in diesen Tagen der Abschluß eines Handelsabkommens zwischen Prag und Budapest nach langem ökonomischem Kampf zwischen diesen beiden Nachfolgestaaten stattfinden wird. Daß die Regierung Buresch unter dem Einfluß Seipels steht und den Plänen geneigt ist, wird nur den überraschen, der — wie die deutsche Presse im allgemeinen — an der „Nibelungentreue“ festhält und sie für ein unveränderliches Aktivum der deutschen Politik hält. Man wird sich aber über den Mißerfolg damit trösten, daß die großdeutschen „Wiener Neuesten Nachrichten“ heftig dagegen aufbegehren, daß Deutschland bei dieser Empfehlung übergegangen worden ist. Die christlich-soziale „Reichspost“ betont übrigens, daß eine solche Absicht keineswegs bestünde. Und sie wird

insofern recht haben, als es schließlich auf Deutschland selbst ankommt, inwieweit es sich eingliedern kann, mag oder schließlich muß.

Die Herrschaften, die heute über Deutschlands Innen- und Außenpolitik bestimmen, werden jedenfalls gut daran tun, sich zu fragen, inwieweit sie sich auf den „Bundesgenossen“ Italien im Kampf gegen Frankreich verlassen können. Einstweilen bemüht sich die deutsche Presse, das französisch-italienische Wirtschaftsabkommen als Bagatelle zu behandeln, dagegen das in diesen Tagen ebenfalls getroffene deutsch-italienische als von weittragender Bedeutung hinzustellen. Umgekehrt dürfte immerhin eher ein Schuh daraus werden.

Es ist jedenfalls gar nicht zu verkennen, daß die faschistische Politik, wendig wie sie ist, den Kampf gegen den französischen Nachbar und Rivalen nicht mehr in den Vordergrund stellt. Bezeichnend ist, daß die „Tribuna“ diese „Abmachungen unter den Großmächten des europäischen Kontinents“ natürlich für die großartige Politik des Faschismus bucht (daß es tatsächlich ein Erfolg französischer Politik ist, darf man natürlich nicht sagen) und weiterhin schließt: „Der Wirtschaftskampf werde nunmehr zwischen den Kontinenten ausgetragen.“ Der Faschismus, dessen wirtschaftliche Nöte gewaltig sind, ist mürbe geworden, mindestens für den Augenblick. Wiederum ist es nicht Frankreich, das vernichtend isoliert ist, sondern Deutschland.

Bei dem Spiel, das hier gespielt wird, ist der Bankhalter natürlich die Hochfinanz, vor allem die französische Hochfinanz.

Sie sorgt für ihre Profitinteressen, und daß die den Interessen des Proletariats feindlich gegenüberstehen, braucht nicht betont zu werden. Die Entwicklung der europäischen Wirtschaft in Richtung eines größeren umfassenden Arbeitsgebiets ist an sich eine Notwendigkeit; wenn der Kapitalismus sich hier aus dem Zwang der Verhältnisse heraus einschaltet, so tut er es doch nach wie vor unter gegenseitiger Rivalität, gemeinsam und einig handelnd nur bei der Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterschaft. Das europäische Proletariat hat also allen Anlaß, seinerseits durch engsten Zusammenschluß und gemeinsame Aktionen den gefährlichen Absichten seiner Klassengegner entgegenzuarbeiten, um den Plänen, die gegen es gerichtet sind, die Richtung auf den Sozialismus hin zu geben. Deshalb muß es diese bereits aus dem Anfangsstadium herausgetretene Entwicklung zu einem europäischen Großstaat aufmerksam verfolgen und eingreifen suchen, um nicht das Opfer dieser Neugruppierung zu werden.

Besonderen Anlaß hat das deutsche Proletariat, „seiner“ Regierung und die hinter ihr stehenden Kräfte genau zu beobachten. Es besteht die große Gefahr, daß man versuchen wird, durch einen Verzweiflungstreue aus der selbstverschuldeten wirtschaftlichen Einschränkung herauszukommen, und was solche Katastrophenpolitik für Folgen haben muß, kann man sich ausmalen. Aber auch jede „Verständigung“, die ohne das Proletariat zustande kommt, wird auf seinem Rücken erfolgen; die Parole heißt also hier erst recht: aufpassen und eingreifen!

Der Kampf um den Brotpreis

Berliner Bäcker und Brotfabrikanten gegen Schiele

Der Streit um den Brotpreis ist von einer Beendigung noch weit entfernt. Die von der Reichsregierung gemachten Zusagen befriedigen in keiner Weise, wie soeben wieder eine von den Groß-Berliner Bäckermeistern und Brotfabrikanten gemeinsam mit den Konsumgenossenschaften am Mittwoch veranstaltete Protestkundgebung gegen das Verbot der Brotpreisenerhöhung beweist. Auf dieser wurde zum Ausdruck gebracht, daß man an die Versprechungen der Regierung nach den Enttäuschungen der letzten Wochen nicht mehr glaube, und es fielen in diesem Zusammenhang besonders scharfe Worte gegen Reichsernährungsminister Dr. Schiele. Die zur Erleichterung der Verhältnisse auf dem Mehlmarkt angekündigten Maßnahmen hätten bisher lediglich bewirkt, daß seit Montag der Doppelzentner Roggenmehl nur um 50 Pfg. gefallen sei, was auf das Brot etwa einen halben Pfennig ausmache, dagegen seien die Weizenmehlpreise weiter fest und stiegen noch an. Inlandsroggen sei überhaupt nicht mehr, oder nur auf Schleichwegen und zu unerträglichen Preisen zu haben, während der russische Roggen erst im Anmarsch sei und noch keineswegs in aus-

reichender Menge zur Verfügung stehe. Die Vorgänge an der Mehlbörse spotteten jeder Beschreibung, die Preisnotierungen seien künstlich zustande gekommen, so daß in der Praxis auf die dort genannten Mehlpreise kein Verlaß sei. Das Bäckergewerbe berufe sich auf das Abkommen, das Anfang Januar mit dem Preiskommissar zustande gekommen sei, wonach die Verdienstspanne der Bäcker 14 Pfennig betragen solle. Seit dieser Zeit hätten die Bäcker acht Wochen hindurch 1,20 Mark an jedem Sack verbackenen Roggenmehls zugesetzt, weil die Mehlpreise ständig anzogen. Alle Warnungen an die Regierung hätten nichts genutzt, und deshalb sei sich jetzt das ganze Gewerbe einig, daß es nun nicht länger so weitergehe. Bis Ende der Woche wolle man noch abwarten, und wenn bis dahin keine fühlbare Entlastung auf dem Roggenmehlmarkt eingetreten sei, dann müsse dieser politische Brotpreis beseitigt werden und eine Preiserhöhung eintreten. Und wenn der Preiskommissar mit dieser berechtigten Maßnahme des Gewerbes nicht einverstanden sei, dann solle er eben seine Drohung wahr machen und 4000 Bäckereien in Berlin schließen. Das Bäckergewerbe, das mit seiner

Kundschaft in Frieden loben wolle und alle politischen Machenschaften ablehne, könne dann nicht die Verantwortung für die Untergrabung der Staatsautorität und die fortschreitende Radikalisierung übernehmen.

Die Gefahr einer Brotpreisenerhöhung ist also nach wie vor gegeben, solange die Reichsregierung an ihrer gegenwärtigen Agrarpolitik festhält.

Lohnabbauwelle über Holland

Amsterdam, 2. März 1932.

Auf den heute in Heerlen (Provinz Limburg) abgehaltenen Versammlungen über die Einführung einer neuen Lohnskala in den holländischen Steinkohlenbergwerken kündigten die Direktoren der Steinkohlenzechen eine zehnprozentige Kürzung der Löhne zum 1. April an. Die Bergarbeiterorganisationen sind der Ansicht, daß durch staatliche Maßnahmen zugunsten der Steinkohlenindustrie eine Lohnkürzung noch zu vermeiden wäre. Am 7. März sollen neue Verhandlungen zwischen beiden Parteien stattfinden, in denen die Bergarbeiterorganisationen ihre endgültige Stellungnahme zu der geplanten Lohnkürzung bekanntgeben werden.

Amsterdam, 2. März 1932.

Eine Abstimmung, die der Holländische Transportarbeiterverband, die Hauptorganisation der holländischen Seeleute, unter seinen Mitgliedern vornehmen ließ, hatte das Ergebnis, daß die Seeleute die von den Reedereien angekündigte neunprozentige Lohnkürzung nicht mit der Ausrufung eines Streiks beantworten wollen. Die Lohnkürzung dürfte schon in den nächsten Tagen erfolgen.

Durch Eis abgeschlossen

Bukarest, 3. März 1932

Die Stadt Sulina ist infolge mächtiger Eisbarren seit drei Tagen zwischen dem Donaudelta und dem Schwarzen Meer so eingekesselt, daß sie völlig unzugänglich ist. Die Bevölkerung wird von einer Hungersnot bedroht. Auch die Petroleumvorräte sind zur Neige gegangen, so daß die Stadt bereits seit zwei Tagen ohne Beleuchtung ist. Telegraphisch wurden zwei Waggon Mehl und sonstige Lebensmittel angefordert, doch erscheint vorerst ein Transport völlig aussichtslos.

Wien baut weiter

In einer Versammlung sozialdemokratischer Vertrauensmänner in Wien referierte Abg. Dr. Danneberg über die Politik der Gemeinde Wien. Er teilte mit, daß die jetzige Rathausleitung den Bau von 60000 neuen Wohnungen versprochen habe, von welcher Zahl 51000 bereits errichtet seien, während weitere 7000 gebaut werden. Nach Fertigstellung dieser 60000 Wohnungen will die Stadtverwaltung an den Bau von weiteren 20000 Wohnungen schreiten. Trotz der ungeheuren Kosten, die diese Bauten erforderten, ist die Wiener Gemeinde fast ohne Schulden. Der Fehler liege nicht in der Wirtschaftsführung der Stadt Wien, sondern in der verfehlten Wirtschafts- und Zollpolitik der Bundesregierung.

Moskau

Von Rudolf Werner

Copyright by Gustav Kiepenheuer Verlag.

2. Fortsetzung.

Ich wohne armianski perulok 9, Quartier 16, bei meinem Bruder. Zwei Räume, Wohn- und Schlafzimmer. Geradezu Luxus für Moskau. Die Wohnungsfrage ist in Moskau problematischer als alle Dostojewski'sche Problematik. Man kämpft hier um eine Wohnung leidenschaftlicher und tapferer als venezianische Dogen einst um ihre Geliebte.

Unser alter Wohnblock ist mit Zentralheizung, elektrischem Licht, Radio (der Rundfunk ist in der Sowjet-Union gebührenfrei) und einem großen gemeinsamen Bad ausgestattet. Der größte Teil aller Moskauer Altwohnungen ist bereits und der Rest wird planmäßig in gleicher Weise modernisiert. Alle Häuser, deren Fundamente es vertragen, werden aufgestockt.

Es wird wie toll gebaut.

Rings um Moskau sind bereits hunderte von modernen Siedlungen und Wohnkomplexen entstanden, mit Klubhäusern, Kinderheimen, Kinos, Bibliotheken und Sportplätzen für die Arbeiter der neuen Fabriken. Moskau ist angewachsen von 900000 auf über 3 Millionen Einwohner. Monatlich ziehen etwa 10000 Menschen zu. Da kommt selbst das verrückteste Bautempo nicht mehr mit. Außer-

dem ist noch anderes zu bauen, Wichtigeres, Fabriken, Werke, Straßen, Eisenbahnen und Kanäle. Überall sind Hände zu wenig. Überall ist Arbeitermangel, vor allem Mangel an Qualitätsarbeitern. Daher bleibt manches zurück vor Wichtigerem.

Die Stolowaia.

Die Stolowaia, die Gemeinschaftsküche unseres Hauses: ich muß sie jedesmal passieren, wenn ich von meinen Exkursionen heimkehre. Großer Raum. Ein riesiger Kochherd, außerdem noch Dutzende von Benzin- und Petroleum-Kochern, rings Hunderte Kochtöpfe in den Wandregalen. Immer Betrieb. Auch schon mal Krach, wenn Anja etwa Maruschjas Pott oder Brenner geklaut hat. Aber meist ist heiterer Lärm. Hier wird das Frühstück zubereitet und Tee gebraut. Hauptmahlzeiten nimmt man in der Werks- oder Betriebs-Stolowaia ein. Das ist besser, billiger und rationeller.

Da sitzt der Fedja, Drucker bei der GPU-Zeitung, mit seiner Ziehharmonika und singt. Die Russen singen den ganzen Tag. Sie singen wundervoll. Da ist Maruschja, Arbeiterin bei Elektrowod. Kürzlich ausgezeichnet mit dem Titel „Qualitätsarbeiter“. Stolz und glücklich darüber und geachtet von den Hausgenossen. Qualitätsarbeiter zu sein oder gar Stoßbrigadier, das verschafft Achtung und Ehre. Geld und Besitz haben hier ihre Geltung verloren. Nur Leistung gilt. Neben uns wohnt eine Aerztin, sie hat spekuliert, ist fast geächtet. „Darum aber“, Maruschja erzählte es mir, „hat sie sich gebessert. Sie wird wieder ein wertvoller Mensch werden, und wir müssen ihr dabei helfen. Wir dürfen sie nicht mehr ausschließen aus unserem Kreis“, sagt Maruschja.

Fillipowna, die alte Mutter! Ihre Tochter Njura, die junge Redakteurin, hat sie mitgebracht aus ihrer Heimat. Aus irgendeinem weltverlorenen Tal des Ural. Jetzt lernt sie schreiben, die Alte, lernt mit zittrigen, ver-

welkten Händen Buchstaben malen. Und wenn sie nicht kocht oder lernt, dann sitzt sie am Lautsprecher, und das alte, harte Bauerngesicht ist ganz verklärt, wenn Musik ertönt. Sie hat viel nachzuholen, die alte Fillipowna. Hat ihr Leben lang gelitten und geschuftet. Jetzt kann sie ausruhen und an ihrem Lebensabend noch einiger Lebensfreuden teilhaftig werden. Oft sitzt ich abends bei ihr mit der guten Maruschja, die übersetzt. Immer wieder erzählt die alte Mutter von Pjotr, ihrem Mann, der 1905 gefallen ist in Odesa bei der ersten, niedergeschlagenen Revolution.

„Nun, er ist nicht umsonst gefallen, er hat sein Leben für die Freiheit gelassen!“ sagt sie. Das ist ihr Trost.

Wenn Aljoscha kommt, dann steht die Bude Kopf. Ein früherer Verwahrloster, einundzwanzigjährig, jetzt Student der Elektrotechnik, nebenbei Schauspieler am experimentellen Theater. Der Kerl kann alles. Der Kerl spielt alles, Gitarre, Balalaika, Ziehharmonika, sogar Klavier. Aber Viktor Karenin läßt ihn nicht mehr an sein „Kostbarstes“, das schwarze Drahtgestell. Ich habe diesen Teufel einmal Klavierspielen gehört, einen wüsten amerikanischen Foxtrott, dabei sind mindestens ein Dutzend Saiten geplatzt. Das schwarze Ding hat gebrüllt und gewackelt unter Aljoschas Fäusten, wie ein verprügelter Besoffener. Viktor hat ihn achtkantig herausgeschmissen, den tollen Hund.

Ich sah ihn einmal im experimentellen Theater in der Rolle eines jungen Bauern, der zum erstenmal in seinem Leben, singend und brüllend vor Begeisterung und Lebenslust, einen Traktor steuert.

Aljoscha filmt auch, ist einer von den jungen, namenlosen Schauspielern aus dem Volk, bei deren hinreißender Kunst uns der Atem stockt.

Aljoscha kennt ganz Moskau, schleppt mich überall mit hin, in Fabriken, kilometerlang hypermoderne Industriegiganten, in Klubs,

Museen, Theater, in modernste Mahlzeiten-Fabriken, in eine der wenigen noch bestehenden altrussischen Spelunken, worin noch verkommene Tolstoi-Typen geistern, ins Zentralheim der roten Armee, wo ich seinen Freund Alja, einen 28jährigen General der Reiterei, kenne lerne.

Aljoscha macht mich bekannt mit seiner Freundin, der schönen Natascha, einer Künstlerin, Tatarin, die er, wie er stolz erzählt, „entdeckt und gemacht“ hat. Irgendwo auf seinen früheren Streifzügen hat er sie einmal singen gehört in einem Wolgadorf bei Astrachan. Sie singt Wolgalieder auf eine ganz eigene Weise. Er hat sie mitgeschleppt nach Moskau. Jetzt ist sie ausgebildet und eine Kanone. Ich habe sie auf einem Konzertabend singen hören. Es war ein Rausch. Aljoscha will sie heiraten, aber jetzt will sie nicht mehr. Das kann ein Unglück geben!

Moskau liegt tief im Schnee.

Es schneit ununterbrochen. Die ganze Stadt ist weiß. Die ersten Schlitten werden angespannt und in den Gassen hört man Klingeling.

In den Gassen, abseits, ist noch altes Moskau, altes Rußland. Windschiefe Hütten, hölzernen und alt, Kirchen, Kapellen, gewürfelt, gedrechselt, zärtlich verziert mit Kuppeln, Kreuzen, Kreuzfixen, stehen geblieben in einer über sie hinwegstürmenden neuen Zeit. Zerfallend, zerbröckelnd, Fenster und Türen sind mit Brettern zugemauert.

Manchmal dringt leiser Orgelklang aus Tor und Fenstern. Eine kleine Schar Gläubiger, meist Alter, rettet sich dort aus der Unerbittlichkeit und harten Konsequenz des Heute in Mythos und Gebet. Aber hundert Schritte weiter in den breiten Verkehrsadern braust und schäumt das neue Leben. Orgiastischer Weltstadtlärm von Autos, Trams und Menschenmassen.

Lufthämmer knattern im Stahlskelett der Neubauten!

Programm-Entwürfe

III. Vorschlag von Reichenbach-Düsseldorf

(Fortsetzung und Schluß.)

III. Der Kampf um die Macht.

9. In der gegenwärtigen Situation der Schwäche, Zerrissenheit und Unklarheit der Arbeiterschaft, die durch den bisherigen Zustand der proletarischen Bewegung in erster Linie mitverschuldet wurde, steht im Vordergrund der Kampf um die revolutionäre Bewußtseinsentwicklung der Arbeitermassen. Ohne eine revolutionäre Klassenbewußtseinsentwicklung des Proletariats gibt es keine revolutionäre Klassenpolitik. Die Sozialistische Arbeiterpartei betrachtet es daher als den ersten Schritt praktischer proletarischer Politik den Uebergang zu einer entschlossenen revolutionären Propaganda, die ihre Ergänzung in der Aktivität der Massen finden muß.

10. Diese Propaganda muß von der augenblicklichen Lage der Arbeiter ausgehen, aber sie darf nicht in das Fahrwasser reformistischer Tagesforderungen abgleiten, die an diesen Staat und die parlamentarischen Vertretungen gerichtet werden. Die SAP ist sich bewußt, daß in der gegenwärtigen Situation nur durch klares Aussprechen der revolutionären Kampfnotwendigkeiten die Bewußtseinsklärung der Arbeiterklasse gefördert werden kann. Die SAP verschmäht es daher, sich ein Programm sich steigernder Uebergangslösungen zu eigen zu machen, eine Fülle von Forderungen aufzustellen, die, so berechtigt sie sein mögen, in ihrer Unerfüllbarkeit durch den kapitalistischen Staat zu neuen Illusionen innerhalb der Arbeiterschaft führen müssen und die Tatsachen erneut verschleiern, daß nur der Weg der proletarischen Revolution d. h. der Weg schwerer Kämpfe und ungeheurer Opfer aus dem Elend der Gegenwart herausführen kann.

11. Es kommt daher für die revolutionäre Entwicklung der Massen weniger darauf an, welche Forderungen aus der jeweiligen Situation erhoben werden, als vielmehr wie diese Forderungen erhoben werden und wie ihre Durchsetzung organisiert wird. Die SAP wird im revolutionären Tageskampf solche Forderungen erheben, deren Durchsetzung zur unmittelbaren Aufgabe der Massen selbst wird. Indem sie dabei ausgeht von den Tagesnöten und dem persönlichen Existenzkampf des Arbeiters, wird sie die Durchführung dieser Forderungen nicht ihren parlamentarischen und gewerkschaftlichen Funktionären allein überlassen, sondern vor allem das Proletariat zur aktiven unmittelbaren Beteiligung an diesem Tageskampf aufrufen und jede Forderung damit zum Ausgangspunkt einheitlicher Aktionen der ganzen Klasse gestalten. Hieraus ergibt sich für die Partei die Hauptaufgabe ihrer Tätigkeit, in den Betrieben Wurzel zu fassen und die Aufgabe vor allem in Hinblick auf die Tatsache, daß die Betriebe die Ausgangspunkte der zukünftigen großen Massenstreiks sein werden, wie sie die Keimzellen der Räteorganisationen werden in der Zeit der wieder einsetzenden umfassenden revolutionären Kampfhandlungen.

12. Den Beginn dieser Kämpfe werden die Massen durch ihre Bewegung selbst bestimmen. Sie werden damit der Partei die Direktiven ihres Handelns vermitteln, wie umgekehrt die Partei der Massenaktion Klarheit über das Ziel des Kampfes zu geben hat. Indem die Partei die Basis aller Kämpfe zu verbreitern sucht, organisiert sie das Proletariat zur bewußt handelnden Klasse. Das hervorragendste Kampfmittel der Massenstreik, der in seiner Weiterentwicklung schließlich zur entscheidenden Klassenauseinandersetzung im Kampf um die Macht überleitet wird.

13. Das erste Ziel der proletarischen Revolution ist die Errichtung der proletarischen Diktatur zum Zwecke des sozialistischen Umbaus der Gesellschaft. Der Ausbau der Macht ist ohne die Zerschlagung des für die kapitalistischen Herrschaftsbedürfnisse geschaffenen bürgerlichen Staates und seine Ersetzung durch den proletarischen Staatsapparat unmöglich. Entsprechend den Grundsätzen einer proletarischen Demokratie, die das tatsächliche Selbstbestimmungsrecht der Massen herzustellen hat, ist die Neuorganisation der Gesellschaft in der Uebergangsperiode auf der Grundlage des Räte-systems in Angriff zu nehmen. Die Doppelaufgabe des wirtschaftlichen Aufbaus und der Ausübung der politischen Macht verlangt den doppelseitigen Aufbau der Räte als Wirtschafts- und als politische Räte. Sie müssen in den Betrieben verankert sein und sich nach Wirtschaftsbezirken zusammenschließen. In ihnen ist die proletarische Gesetzgebung und die proletarische Exekutive in einer Hand vereinigt. Durch das Prinzip der jederzeitigen Abberufbarkeit der gewählten Vertreter verhindern sie die Entstehung einer neuen bürokratischen Apparatherrschaft.

Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse ergibt sich somit folgende Stellungnahme:

I. Zu den Fragen der Tagespolitik.

1. Kampf gegen eine Politik der Aussöhnung mit diesem Staat und seiner Staatsform in jeglicher Gestalt. Daher schärfster Kampf gegen jede Regierung, gleichgültig, ob sie

rein bürgerlich zusammengesetzt ist oder nicht.

2. Die Annahme leitender Stellen in Regierung und Verwaltung durch revolutionäre Proletarier ist unvereinbar mit den Interessen des Proletariats und daher eindeutig und klar abzulehnen.

3. Die utopische Vorstellung einer „ideologischen Sozialisierung“ durch Beteiligung an politischen und organisatorischen Einrichtungen bürgerlicher Schichten, der Glaube, diese dadurch mit sozialistischem Geist erfüllen zu können, ist nicht nur durch die Geschichte in ihrer Wirkungsmöglichkeit widerlegt — sie bedeutet auch eine weitere Vernebelung der unerbittlichen Klassenkampf-tatsachen, eine Bindung an die bürgerliche Ideologie gerade in dem historischen Augenblick, der die rückständigste Bewußtseinsklärung der Massen erfordert. Diese Vorstellung ist daher in jeder Form abzulehnen.

4. Ablehnung des staatlichen Schlichtungswesens, Ablehnung jeder ständigen Schiedsgerichtsbarkeit. Dafür:

5. Führung des wirtschaftlichen und politischen Kampfes mit außerparlamentarischen Mitteln durch Massenaktionen. Ihre Auslösung muß durch revolutionäre Propaganda und Politik erfolgen, unmittelbar an die Nöte der Arbeiterschaft anknüpfen, die gemeinsamen Interessen der Arbeitslosen und der beschäftigten Arbeiter klar herausstellen und die Entwicklung zu den großen Massenstreiks ideologisch und organisatorisch vorbereiten.

6. Im Bewußtsein der Tatsache, daß die Einheit der Klasse nur im revolutionären Kampf selbst verwirklicht werden kann, ist zu ihrer Vorbereitung die Ablehnung der Haß- und Hetzpolitik gegen andersdenkende und andersorganisierte Klassengenossen.

7. Damit verbunden die Ablehnung jedes

Parteilegoismus, die Führung auch der kleinsten örtlichen Wirtschaftskämpfe in enger Verbundenheit mit den nicht zur Partei gehörenden kampfbereiten Massen.

Die Einheit des Proletariats ist das Ziel und der Sieg der proletarischen Revolution. Die einheitliche Gestaltung der Tageskämpfe über Siege und Niederlagen ist der Weg zu diesem Ziel.

II. Zu den innerpolitischen Aufgaben.

1. Partei-Demokratie. Nur in einer Organisation, die sich scharf und klar ihre grundsätzliche Plattform geschaffen hat, ist die innerparteiliche Demokratie möglich. In einer solchen Organisation aber ist sie auch Voraussetzung für die Entwicklung zur revolutionären Partei, die Führerin der Massen sein kann. Daher müssen die Erkenntnisse der Rätebewegung auch innerparteilich in der Organisation und der Arbeit zum Ausdruck kommen: Aktivierung der Mitglieder durch stärkste Beteiligung und Verantwortung an allen Handlungen der Partei. Daher auch Einsetzung und Abberufbarkeit der gewählten Funktionäre durch die Mitglieder, Beschränkung bezahlter Posten auf das Mindestmögliche zur Verhinderung einer neuen Apparatherrschaft.

2. Jugend-Arbeit. Die Arbeit des SJV ist in den Prozeß der Umformung der Arbeiterbewegung einzugliedern. Da die Lage und das Schicksal der Jugend heute im Gegensatz zu früher unmittelbar einbezogen ist in die Lage der älteren Arbeiter, so ist auch ihre politische Aktivität einzusetzen in unmittelbarer Teilnahme am Kampf unter Wahrung der notwendigen pädagogischen Bewegungsfreiheit.

3. Frauen-Arbeit. Auch die wirtschaftliche Lage der Frau im Beruf und im Auflösungsprozeß der Familie hat heute die Frauen mit dem politischen Kampf der Männer mehr denn

je verbunden. Die Frauen sind daher voll und ganz in die Partei einzugliedern und an allen politischen Aktionen zu beteiligen. Soweit je nach den örtlichen Verschiedenheiten besondere Propaganda und Schulungsarbeit unter den Frauen sich als zweckmäßig erweist, müssen diese Arbeiten von den Ortsvereinen in Angriff genommen werden.

4. Kulturpolitik. Die allgemeine Erziehungs- und Kulturpolitik der Partei muß ausgehen von der Erkenntnis, daß die herrschende Klasse in dem Maße, wie ihre ökonomische Basis wankt, um so schärfer versucht, ihre Herrschaft über die Köpfe der Massen zu erhalten. Die gesamte Bildungs- und Erziehungsarbeit hat unter dem Gesichtspunkt der Weckung der Einsicht in die Zusammenhänge der gegenwärtigen Situation und der Förderung der praktischen, politisch-revolutionären Arbeit zu erfolgen. Die wachsende Kulturreaktion und insbesondere der Kampf gegen die Kirche ist durch rücksichtslos prinzipielle Auseinandersetzung anzugreifen, dergestalt, daß der Kampf in jeder Phase auch der kulturellen Front zu einem Kampf um die Herausarbeitung des proletarischen Klassenbewußtseins und Kampfwillens wird. Für jedes Mitglied der SAP ist der Austritt aus einer Religionsgemeinschaft eine Selbstverständlichkeit.

Indem die SAP sich dieses Programm gibt, ist sie sich bewußt, nur die Grundlagen gegeben zu haben für die Arbeit einer revolutionären Partei. Diese Arbeit muß geleistet werden von den Mitgliedern selbst. Nicht die Partei tritt mit Versprechungen vor ihre Mitglieder und vor das gesamte Proletariat — die Massen selbst sind es, die aus ihrer Partei das zu machen haben, was die historische Aufgabe des Proletariats ist; sich in der revolutionären Partei den Kopf und das Schwert seines Befreiungskampfes zu schaffen.

„Die Befreiung der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.“

Trinkt Schnaps!

Heilmanns „geistige“ Waffen im Kampf für Hindenburg

Bernau, 2. März 1932.

In einer Kundgebung der Eisernen Front in Bernau bei Berlin hat der SPD-Reichstagsabgeordnete und Schriftleiter des „Freien Worts“, der brillante und elegante geistige Streiter der sozialdemokratischen Staatspolitik, der seit dem großen Weltkrieg andauernd zu Hindenburg geht, wenn ihn sein politisches Gewissen drückt, in seiner bekannten Beredsamkeit den Proleten und Wählern der SPD plausibel zu machen versucht, warum man unbedingt den großen General und Monarchisten Hindenburg wählen müsse. Anscheinend haben aber seine sonst so schlagfertig aufgedonnerten Argumente bei den Proleten von Bernau nicht gezogen; denn er griff hinterher zu einem im politischen Vorkampf bisher besonders von der Sozialdemokratie verabscheuten Mittel, den dortigen Arbeitern plausibel zu machen, oder besser schmackhaft zu machen, Hindenburg zu wählen. Er sagte ungefähr folgendes:

„Wenn der Arbeiter dann trotzdem noch nicht Hindenburg wählen könne, dann geht er vorher hin und trinkt einen Schnaps. Und dann geht's trotz alledem!“

Politik wider Willen

Das „Sächsische Volksblatt“ bringt einen Bericht über einen Erwerbslosenkursus in Crimmitschau, der von dem linken der linken SPD-Größen, von Karl Schröder, geleitet wurde. In diesem Kursus waren unsere Genossen so stark vertreten, daß der arme Schröder es sich gefallen lassen mußte, Referate von zwei SAP-Genossen über die Bedeutung der Spaltung mitanzuhören. Daß das „Volksblatt“ an diesen beiden Genossen kein gutes Haar läßt, versteht sich von selbst. Interessant sind aber einige Bemerkungen, die an diesen Vorgang geknüpft werden. Es heißt da:

„Gewiß, wir geben schon ohne weiteres zu, daß die Politik der Partei für den Kampf der deutschen Arbeiterklasse eine ungeheure Belastung war und ist. Aber diese Politik hat doch die Partei nicht gewollt, sie ist der Partei aufgezwungen worden durch die gemerischen Kräfte.“

Das muß man dreimal lesen. Sie wollte nicht, die arme SPD. Es ging ihr wie dem vergewaltigten Mädchen: halb zog er sie, halb sank sie hin. Die Partei hat sich jede eigene

Wir danken Schnapschen-Heilmann für dieses probate Mittel, für Hindenburg in den Wahlkampf zu gehen! Das sind scheinbar seine letzten „geistigen“ Reserven. Oder ist Heilmann Großaktionär einer Schnapsbrennerei?

Es gehört schon eine ganze Portion Unverfrorenheit und Schamlosigkeit dazu, armen, verhungerten Proleten mit solchen, der alten Bismarckzeit würdigen Methoden beizukommen. Es ist aus diesem Ausspruch Heilmanns, den er sich nicht scheute, vor Arbeitern zu tun, zu ersehen, daß die Heilmann und Genossen mit Schnaps und Vernebelung der Gehirne die Hunderttausende von Proleten, die diese Schnapspolitiker erst auf den Schild erhoben haben, als nichts weiter als nur als politische Stimmvieh mißbrauchen wollen.

Und wozu? — Damit diese Deserteure der proletarischen Klassenfront weiter Staatsmann spielen können, während über sechs Millionen Proleten arbeitslos sind und wohl ebensoviele mit Kurzarbeit ein menschenunwürdiges Dasein fristen. Solche Leute sind es nicht wert, daß sie vor ehrlichen Arbeitern sprechen dürfen.

politische Entscheidung, die Grundlage jeder Politik, durch den Gegner rauben lassen. Ein Todesurteil über die Politik der Partei, wie ihr schärfster Gegner es nicht deutlicher aussprechen konnte.

Raubmord in Berlin N

Berlin, 3. März

Gestern Abend gegen 9¼ Uhr wurde der Mitinhaber der Futtermittelhandlung Gebr. Meyerhardt, der 37jährige Kaufmann Julius Meyerhardt, im Flur des Hauses Milastraße 2, wo er mit seiner Mutter wohnte, von einem heimkehrenden Hausbewohner erschossen aufgefunden. Nach den bisherigen Feststellungen handelt es sich unzweifelhaft um einen Raubmord, da die braune Aktentasche, in der Meyerhardt abends die Tageseinnahme des Geschäfts am Nordbahnhof in seine Wohnung zu bringen pflegte, bei dem Erschossenen nicht vorgefunden wurde. Von den Tätern fehlt zurzeit jede Spur.

Insolvent. Die Regierung von Salvador hat beschlossen, ihre Schuldzahlungen an das Ausland vorübergehend einzustellen.

Alsberg plädiert

Vor dem kleinen Schwurgerichtssaal im alten Kriminalgebäude herrscht dichtestes Gedränge. Der Saal selbst ist hermetisch verschlossen. Drinnen redet seit Stunden Berlins berühmtester Verteidiger, der zierliche Professor Alsberg, der schon manchen schweren Jungen von schwerer Strafe frei gehalten hat. Drinnen redet der Professor des Strafrechts an der Universität Berlin, Rechtsanwalt und Doktor Max Alsberg — für Katzenellenbogen. Wem drängt sich jetzt nicht der Name Stinnes auf die Lippen? Noch sind die Vorgänge um den Freispruch des jungen Stinnes ganz ungeklärt. Still ist es um diese Affäre geworden, die eines Tages den Namen Alsberg für immer unter stürzenden Trümmern zu begraben drohte. Immer noch weiß man nicht, wie es der berühmte Anwalt erklären will, daß eine Kollegenfrau in seinem eigenen Anwaltsbüro seinem berühmtesten Klienten ein paar Stunden vor der Urteilsverkündung des Richters den beschlossenen Freispruch mitteilen durfte, wie es kam, daß sie den Freispruch vorher mitteilen konnte. Was wird aus Katzenellenbogen werden? Wird auch in diesem Falle die Kunst des Anwalts den Sieg davontragen, wird sie den Richter überzeugen können, daß schwarz — weiß sei? Stunden verrinnen. Während vor den Pforten, die den Blick in andere, auch gleich große Prozesse erschließen, die Wächter milden Sinnes sind, während sie dort Kömmlinge und Abschiednehmende in buntem Wechsel auf die Korridore oder in den Saal einlassen — bleibt hier das Bild der wartenden Menschen-Trabe vor dem Saal-Eingang durch Stunden das gleiche. Der Einfluß des Rechtsanwalts und Professors — wenn schon nicht auf die Richter, so doch auf die Streitkräfte der Frau Justitia — ist unverkennbar. Professor Alsberg will seine große Rede, seine Anklagerede wider den Staatsanwalt, der so kühn war, die Anklage zu erheben, gegen solchen Wirtschaftsführer, gegen solchen Volkswohlthäter wie Katzenellenbogen es war, ist und sein wird, in Ruhe halten. Ergriffen hingegeben sollen Schöffen, Richter, Ankläger, Kollegen, Presse, und — nicht zuletzt das Publikum, das er für diesen Fall wohl allein gestellt haben mag, seiner Rede lauschen, durch nichts, durch kein Geräusch an der Tür soll die Wirkung dieser großen Rede beeinträchtigt werden.

Stunden verrinnen und Professor Altersberg redet, redet, redet.

Wird er den Freud retten?

Vor der Tür zum kleinen Schwurgerichtssaal stehen Mitglieder der besten Gesellschaft Berlins gebäht; vornehme Damen aus dem Grunewald und Jünglinge aus allen Gegenden. Die Jünglinge dominieren.

Alsberg redet. K a s s a n d e r.